Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
J. V.: Dr. A. Leschbrand in Halle.

Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr.
[Fernsprecher: Schriftleitung Nr. 2532. — Geschäftsstelle Nr. 176.]

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 297. **Halle a. d. Saale, Dienstag, den 28. Juni** **1904.**

Sozialdemokratie und sozialpolitischer Fortschritt.

Die Tätigkeit des in die großen Ferien gegangenen Reichstages hat sicherlich nirgends sonderliche Begeisterung ausgelöst. Ganz besonders schlecht aber ist das sozialdemokratische Organ der sächsischen Landeshauptstadt auf den Reichstag zu sprechen, weil er in sozialpolitischer Hinsicht nichts geleistet habe. Das Blatt schreibt: „Ueberblickt man die Gesamtleistung des Reichstages in dem jetzt vollendeten Abschnitt seiner Tätigkeit, so muß man zugestehen, daß sie für das Volk von keiner erheblichen Bedeutung ist. Nicht immer arbeitet die Gesetzgebungsmaschinerie so prompt, wie wenn es sich um die Förderung agrarischer oder großkapitalistischer Interessen handelt . . . Arbeiterschutzgesetze und dergleichen lassen lange auf sich warten oder werden jämmerlich verstümmelt. Im Herbst, wenn endlich die vielen Resolutionen und Initiativanträge der Parteien über sozialpolitische Fragen zur Debatte kommen werden, dann wird sich das noch besonders deutlich zeigen. Welch ein Zustand, daß alle diese wichtigen Dinge nicht einmal berührt werden konnten!"

Wenn die sozialpolitische Gesetzgebung seit Jahr und Tag in langsamerem Tempo fortschreitet, so ist daran die Sozialdemokratie in erster Reihe schuld. Zunächst versteht es keine Partei so meisterhaft, wie die Sozialdemokratie, die Debatten im Reichstage endlos zu verlängern und dadurch die Zeit für positive Arbeit zu verkürzen. Das sozialdemokratische Organ rühmt sich selbst dieser negativen Art der sozialdemokratischen parlamentarischen Tätigkeit. Unmittelbar nach der oben von uns zitierten Stelle schreibt das Blatt: „Einen erheblichen Teil seiner Zeit verwandte der Reichstag wiederum auf die Kritik dessen, was ist. Ohne Ueberhebung darf gesagt werden, daß sich dabei die sozialdemokratische Fraktion auf der Höhe gezeigt hat." Ja, das wird jede andere Partei gern der Sozialdemokratie attestieren, daß sie an Gehässigkeit und Breitspurigkeit der Kritik schlechthin unerreichbar ist, weil ihr eben die Agitation zum Fenster hinaus wichtiger ist, als jede positive Leistung.

Diese rücksichtslose agitatorische Ausbeute alles dessen, was geschieht und was geleistet wird, durch die Sozialdemokratie ist ein weiterer Grund für die Verzögerung des sozialpolitischen Fortschrittes. Wenn die Sozialdemokratie alle Opfer, welche die bestehende Gesellschaft bringt, um die Situation der arbeitenden Klassen zu verbessern, dazu benutzt, um ihr eigenes Piedestal zu erhöhen und die bestehende Gesellschaft zu bekämpfen, so wird man es den bürgerlichen Parteien nicht verargen können, wenn sie ein wenig stutzig werden. Der Leipziger Aerztekampf hat beispielsweise dargetan, wie die Sozialdemokratie die doch zum Wohle der Arbeiter eingerichtete Krankenkassen-Gesetzgebung auszuschlachten versucht, um die Macht der Partei fester zu verankern. In anderen Fällen wird die Neigung der bürgerlichen Parteien zu zweckentsprechenden Reformen vermindert, weil die Sozialdemokratie von vornherein alles Verdienst für sich in Anspruch nimmt und weil sie daneben noch die Reformabsicht dazu benutzt, die bestehenden Zustände in gröbster agitatorischer Art zu verlästern und zu übertreiben; wir erinnern in dieser Hinsicht an den agitatorischen Vortrag bezüglich der Reform des Strafvollzuges.

Man geht kaum zu weit, wenn man sagt, daß die Schnelligkeit des sozialen Fortschritts im umgekehrten Verhältnisse steht zu der parlamentarischen Machtentwickelung der Sozialdemokratie. In der Zeit, wo die Sozialdemokratie kaum ein Viertel ihrer gegenwärtigen Mandatsziffer besaß, wurde in sozialpolitischer Hinsicht rascher gearbeitet, als heute. Das protzenhafte Pochen auf die drei Millionen Stimmen und die achtzig Mandate hat das Bürgertum nicht ins Mauseloch kriechen lassen, sondern im Gegenteil das Gefühl erweckt, daß man sich nichts von der Sozialdemokratie abtrotzen lassen darf. Nicht, als ob der soziale Fortschritt aufhören sollte und würde — die in dem vergangenen Tagungsabschnitte beschlossenen Kaufmannsgerichte sind ja zweifellos ein sozialer Fortschritt —, aber es soll und wird der Anschein vermieden werden, als ob man aus Furcht vor der „Dreimillionen-Partei" die sozialpolitischen Aufgaben im „Hurra, hurra, hop-Tempo" zu erledigen hätte. Dazu hat Deutschland auch um so weniger Veranlassung, als es in sozialpolitischer Hinsicht den anderen Ländern weit voraus ist.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Der König von England verlieh dem Staatssekretär v. Richthofen, dem Staatssekretär v. Tirpitz, dem Admiral v. Köster und dem Vizeadmiral Büchsel das Großkreuz des Viktorordens. Der Kaiser verlieh dem Botschafter Grafen Wolff-Metternich den Roten Adlerorden 1. Klasse.

— Der Großherzog von Hessen und die Prinzessin Heinrich von Preußen trafen am Sonntag mittels Automobils von Schloß Wolfsgarten auf Schloß Friedrichshof ein und kehrten gegen abend nach Schloß Wolfsgarten zurück. Der König von Dänemark kam aus Wiesbaden nach Schloß Friedrichshof zum Besuch des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und trat nach dem Frühstück die Rückreise nach Wiesbaden an.

Kieler Festtage.

Nach dem Frühstück sahen die Monarchen gestern vom „Kaiser Wilhelm II." einem Wettrudern der Jährwriche zur See, Seekadetten und Schiffsjungen zu. Der Kaiser empfing hierauf auf der „Hohenzollern" die Sieger des Handicaps Dover-Helgoland zur Preisverteilung. Zu 5 Uhr waren zahlreiche Einladungen zu einem Tee an Bord der „Hohenzollern" ergangen.

König Eduard VII. hat die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft des Kaiserlichen Jachtklubs angenommen und gestern vormittag den Vorstand des Klubs an Bord der „Viktoria and Albert" empfangen. Der Kaiser hat seiner großen Freude über diese dem Klub widerfahrene Ehrung durch ein Handschreiben an den Vorstand Ausdruck gegeben, und großer Jubel über die gute Nachricht herrschte abends unter den deutschen und englischen Gästen in den Klubräumen.

Von den Kieler Festlichkeiten bringen die Londoner Blätter spaltenlange Drahtberichte.

Die „Times" meint, keine Phrasen hätten genauer den nichtpolitischen Zweck der Königsreise ausdrücken können, als die Tischrede des britischen Herrschers. Es handele sich lediglich um einen schlichten und natürlichen Austausch von Höflichkeiten zwischen zwei Verwandten, welche auch Herrscher seien, und deren Begegnung daher die friedlichen Beziehungen der Länder, über die sie herrschen, darstelle. Der „Standard" erkennt die deutsche Friedensliebe an. Die Handlungen der deutschen Regierung seit der Unterzeichnung des Frankfurter Friedens zeigten, daß ihre Erklärung ehrlich gewesen, daß, nachdem sie die Einigkeit und Sicherheit des Vaterlandes gesichert habe, sie keine Eroberungspläne gegen ihre Nachbarn im Schilde führe. Wörtlich sagt das Blatt: „Die Kieler Begegnung ist ein Beweis von dem Nachlassen der Spannung, die einst in Europa bestand. Deutsche und Engländer haben nur davon abzustehen, auf offiziöse Störenfriede zu hören, um zu sehen, daß sie keinen wirklichen Grund zum Streit haben. Kaiser Wilhelm und König Eduard schlagen einen wirksamen Weg ein, eine Lehre zu geben, und aus diesem Grunde hat die Kieler Begegnung eine wirklich politische Bedeutung. Der Kieler Berichterstatter des „Daily Expreß" übermittelt Aeußerungen, welche ihm Bülow über die Bedeutsamkeit der Königsreise gemacht habe. Die zwischen dem Könige und dem Kaiser gewechselten Trinksprüche seien möglichst warm gewesen; die beiden Monarchen hätten miteinander gewetteifert, den Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens zu betonen. Er hoffe, auch das Britenvolk werde wahrnehmen, daß beide Monarchen zuversichtlich glauben, daß Deutschland und Großbritannien friedlich zusammenleben werden.

In Paris widmen kaum zwei oder drei Blätter der Kieler Begegnung Besprechungen. „Eclair" schreibt: „Es scheint, daß König Eduard etwas ironisch war; sein Neffe, Kaiser Wilhelm, hatte sich nach seiner Gewohnheit zwar äußerst friedlich, jedoch in grobartigen Redewendungen ausgedrückt, wie sollte Onkel Eduard, der die Rhetorik wenig liebt, antworten? Er sagte einfach: Ich bin gekommen, um das Weltfegefeu mit anzuzünden. — Das war eine ausgezeichnete Art, die Dinge richtig zu stellen. Niemand glaubte im Grunde, daß die Politik bei der Begegnung eine Rolle spielte, Kaiser Wilhelm selbst hoffte nicht, Europa die Meinung beizubringen, daß man zwischen London und Berlin eine Abmachung nach Art der englisch-französischen und als Gegengewicht für diese treffen werde. Er führte die Kieler Begegnung nur herbei, um den schlechten Eindruck auszuwischen, den er selbst mit seinen Worten nach den italienischen Festen hervorgebracht hatte, indem er der Welt Deutschlands Vereinsamung ankündigte."

Ein Erfolg der deutschen Diplomatie.

Während der letzten Wochen hat, ohne daß die Oeffentlichkeit davon erfahren, ein zähes Handeln und Feilschen zwischen den deutschen und der englischen Diplomatie stattgefunden. Es handelte sich um die Bedingungen, unter denen Deutschland das „décret chédivial", die Verordnung des Khedive von Aegypten, durch die die internationalen Verhältnisse des Nillands entsprechend der durch das englisch-französische Abkommen geschaffenen neuen Rechtslage korrigiert werden, akzeptieren würde. Die Verhandlungen kamen nicht vom Fleck, in London schien man die deutsche Zustimmung als etwas nahezu Selbstverständliches anzusehen, eine Anschauung, die man in der Berliner Wilhelmstraße durchaus nicht zu teilen vermochte, und so wollte man in Kiel versuchen, zu einem Ausgleich der gegenseitigen Ansprüche zu kommen. In letzter Minute ist es nunmehr doch überflüssig geworden, die Angelegenheit auf das Programm der Besprechungen zu setzen, die aus Anlaß der Regattafahrt König Eduards stattfinden werden. Das Uebereinkommen, das unmittelbar vor der Abreise des Königs zustande gekommen ist, trägt billigen Wünschen Deutschlands voll Rechnung. Die englische Regierung hat nämlich das Zugeständnis gemacht, daß, während der deutsche Handelsvertrag mit Aegypten im Jahre 1912 abläuft, von welchem Termin ab wir auf neue und in ihrem Ergebnis einstweilen kaum berechenbare Vereinbarungen mit England angewiesen wären, dem deutschen Handel Aegypten in Zukunft prinzipiell unter denselben Bedingungen wie dem Frankreichs offenstehen soll. Da Frankreichs Vertrag noch ca. 30 Jahre läuft, sind uns auf absehbare Zeit stabile und günstige Handelsbeziehungen zu Aegypten gesichert. Die Nebenpunkte des Abkommens betreffen die Anerkennung der deutschen Schulen in Aegypten, die Gleichberechtigung der deutschen Funktionäre mit denen der englischen Regierung ꝛc.

Eine Interpellation in Sachen Mirbach.

Im Abgeordnetenhause brachte die Freisinnige Volkspartei eine Anfrage ein, ob die Staatsregierung den Oberhofmeister Mirbach ermächtigte, daß er, wie die Blätter melden, Verwaltungsbehörden zur Veranstaltung von Sammlungen für die silberne Hochzeit des Kaiserpaares in Anspruch genommen habe. Die Interpellation fragt weiter, ob die Regierung diese Benutzung der Behördenautorität für Sammlungen als zulässig erachte, obwohl hierbei der Anschein der Unfreiwilligkeit besonders zu vermeiden notwendig sei.

Politisches.

— Wie das „B. T." erfährt, ist der Zwischenfall zwischen Haiti und Deutschland und Frankreich durch das dem deutschen und französischen Gesandten zugegangene Entschuldigungsschreiben der haitianischen Regierung noch nicht erledigt. Beide Mächte erachten diese Entschuldigungsschreiben als unzureichend und werden je ein Kriegsschiff nach Haiti entsenden, um eine angemessene Genugtuung zu erzwingen. Deutschland wird hierbei in Uebereinstimmung mit Frankreich vorgehen.

— Von ultramontaner Seite ist im bayerischen Abgeordnetenhause die Anregung gemacht worden, das Standbild Tillys in der Walhalla aufzustellen. Nun aber hat König Ludwig I., der Erbauer der Walhalla, in seinem Testamente bestimmt:

Die Walhalla, und was zu ihr gehört, vermache ich Deutschland, meinem großen Vaterlande. . . Würde, was Gott verhüten möge, der Bund aufhören, so fällt die Walhalla an Bayern als Staatseigentum, für die, was ich Bayerns Ruhmeshalle betreffend verfügt, dann zu gelten hätte. Würde später wiederum ein Bund Deutschland vereinigen, würde Walhalla aufs neue ein Eigentum Deutschlands, und hat wieder ins Leben zu treten, was ich in Ansehung ihrer verfügt.

Ueber die Verwaltung der Walhalla schreibt die „Wartburg": Seit dem Feldmarschall Radetzky war niemand mehr in die Walhalla aufgenommen worden. Nur bei König Ludwig I. und bei Kaiser Wilhelm I. wurde eine Ausnahme gemacht; dem ersteren wurde gemäß Beschluß der bayerischen Kammer, dem letzteren auf Befehl des Prinzregenten ein würdiges Standbild errichtet. Das ist seit Radetzky alles! Von den Gründern des Reiches steht keiner in der Walhalla. Moltke könnte längst aufgestellt sein, aber er ist Preuße und Ketzer, Bismarck kann gemäß dem Testament erst zehn Jahre nach seinem Tode ein Denkmal errichtet werden.

— Die aus dem Ansiedlungsgesetz für die beteiligten Erwerbskreise sich ergebenden politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Konsequenzen scheinen im Zentrum auch einen äußerst bemerkenswerten Umschwung in seiner Stellung zur Vorlage betreffend die Bestrafung des Kontraktbruches hervorgerufen zu haben. Bei der Beratung der letzteren Vorlage hat das Zentrum sich durch den Abg. Herold noch im großen und ganzen auf den Boden der Vorlage des Herrn v. Podbielski gestellt und sich nur einzelne Abänderungen in der Kommission vorbehalten. Je mehr man sich aber im Zentrum die Tendenz des Gesetzes, das die verfassungsmäßig gewährleistete Unverletzlichkeit des Eigentums aufhebt, vergegenwärtigt, desto skeptischer ist man geworden gegenüber dem von dem Kontraktbruchgesetz für die kleineren Landwirte erhofften Nutzen. Die „Köln. Volksztg." stellt beide Gesetze in Parallele und kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „Wenn den Polen das Recht der Ansiedelung verwehrt wird, so erscheint es uns zum Schutze der kleinen Leute doppelt notwendig, daß sie in ihrer Stellung als Arbeiter nicht weiter beschränkt werden. Auch aus dieser Erwägung empfiehlt es sich für das Zentrum und die liberalen Parteien, in der nächsten Tagung des preußischen Parlaments das Gesetz betreffend den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter a limine abzulehnen, weil nur auf diesem Wege verhindert werden kann, daß die besitzlosen polnischen Landwirte in eine völlige Heloten-Stellung hineingeraten. Im Gegenteil wird mit aller Energie das Koalitionsrecht für ländliche Arbeiter zu erstreben sein, damit die, welchen man nicht gestatten will, sich mit einem kleinen Eigentum in der Heimat ihrer Väter anzusiedeln, wenigstens als freie Arbeiter in der Hoffnung auf bessere Zeiten ihr Dasein fristen können." Diese Forderung ist durchaus gerechtfertigt. Unseres Wissens hat sich das Zentrum bisher noch niemals mit einer solchen Entschiedenheit für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter ausgesprochen. Man darf daher wohl erwarten, daß die regierende Partei im Reichstage im weiteren Verlaufe der Session einen dementsprechenden Antrag „mit aller Energie" vertreten wird.

Versammlungen und Kongresse.

— Die am 17. Mai d. J. begründete „Freie Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände" hatte am 23. Juni eine Sitzung ihrer Vertrauensmänner nach Berlin einberufen. Wie die „Disch. Arbeitgeber-Ztg." mitteilt, ist in dieser Versammlung beschlossen worden, die „Freie Vereinigung" zu einem Verband mit eigener Geschäftsführung und eigenen Satzungen auszugestalten und ihr den Namen „Verein deutscher Arbeitgeber-Verbände" zu geben. Gleichzeitig wurden die in Aussicht genommenen Satzungen durchberaten und einstimmig genehmigt. In diesen Satzungen ist wiederum der Abschluß von Kartellverträgen mit anderen gleichartigen Vereinen, insbesondere mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, vorgesehen, so daß die einheitliche Organisation der gesamten deutschen Arbeiterschaft durch den Ausbau der „Freien Vereinigung" nicht gestört wird, sondern im Gegenteil eine erneute Festigung erhält. Dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände" haben sich bereits eine Reihe der bedeutendsten Korporationen aus allen Teilen Deutschlands angeschlossen. Die Mitglieder der dem Verein beigetretenen Verbände beschäftigen mehr als 1 Mill. Arbeiter. Die Organisation ist namentlich auch im Hinblick auf die Beitragspflichten so angelegt, daß jeder Arbeitgebervereinigung sowohl aus der Industrie wie aus dem Handwerk der Beitritt mühelos ermöglicht wird.

Preußischer Landtag.

(Eigenbericht der „Saale-Ztg.")

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung vom 27. Juni, 12 Uhr.

Haus und Tribünen sind gut besetzt.
Am Ministertisch: Frhr. von Rheinbaben, Frhr. von Hammerstein u. a.
Auf der Tagesordnung steht zunächst, nachdem eine Rechnungssache auf Antrag des Abg. Sattler (nl.) von der Tagesordnung abgesetzt wurde, die

Wahlprüfung

der Wahl des Abg. Stackmann (kons.).
Die Kommission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.
Das Haus tritt ohne Debatte dem Kommissionsbeschluß bei.
Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betr.

Erhöhung des Grundkapitals der Seehandlung.

In der Generaldebatte scheint
Abg. von Strombeck (Zentr.) Bedenken geltend zu machen, dieselbe aber durchaus unverständlich.
Abg. Gutzling (freis. Volksp.) wünscht eine gesetzliche Fixierung der Befugnisse der Seehandlung, bisher fehle es leider daran.
Finanzminister von Rheinbaben führt aus, die Befürchtung, daß die Regierung ähnlich wie bei der Seehandlung auch bei anderen Staatsverwaltungen einen Reservefonds ohne Zu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19040628015/fragment/page=0001

stimmung des Landtags sich anlegen werde, sei grundlos. Beweise dafür, daß die Seehandlung jemals unkonstitutionell gehandelt habe, seien auch heute nicht erbracht.

Hiermit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdiskussion wird das Gesetz ohne Debatte und sodann in der Gesamtabstimmung definitiv angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Ansiedlungsgesetzes.

Es wird beschlossen, zunächst eine Generaldebatte bei dem grundlegenden Artikel I abzuhalten, der den § 13 des Ansiedlungsgesetzes von 1886 abändert. Die Hauptbestimmung ist in § 13b enthalten, nach welchem die Genehmigung zur Ansiedlung versagt werden kann, wenn die Ansiedlung mit den Zielen des Ansiedlungsgesetzes in Widerspruch steht.

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole) beantragt, den § 13b zu streichen.

Ehe jedoch die Generaldebatte beginnt, beantragt

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole), das ganze Gesetz an die Kommission zurückzuverweisen und begründet diesen Antrag in längerer Rede, in welcher er besonders hervorhebt, daß wichtige verfassungsmäßige Bedenken gegen das Gesetz vorlägen. Auch seien verschiedene Fragen von der Regierung nicht beantwortet worden. Redner wird jedoch, als er weiter auf die Materie eingehen will, von dem Präsidenten v. Kröcher daran verhindert.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) spricht sich gegen die Zurückverweisung an die Kommission aus. Der Kommissionsbericht gäbe erschöpfende Auskunft darüber, weshalb die Fragen nicht beantwortet seien. Im übrigen gäbe es Leute, die mehr fragen könnten, als man beantworten könnte. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Dziembowski polemisiert gegen den Abg. Dr. Friedberg, derselbe habe kein Recht, sich als Professor hinzustellen und Belehrungen zu erteilen. Die Polen wollten keine Obstruktion, sondern nur eine sachliche Beratung, diese sei aber ohne nochmalige Beratung in der Kommission nicht möglich.

Abg. v. Gynern (nl.) bekämpft den Antrag v. Dziembowski.

Der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission wird hierauf abgelehnt.

Abg. Roeren (Ztr.): Meine politischen Freunde sind gegen das Gesetz. Denn dasselbe wird schwerwiegende staatsrechtliche und wirtschaftliche Konsequenzen haben, deren Tragweite man noch gar nicht übersehen kann. Vor allem wird das Gesetz eine allgemeine Entwertung des Grund und Bodens im Osten zur Folge haben. Deshalb mehren sich auch aus agrarischen Kreisen die Gegner des Gesetzes mit jedem Tage. Ein so folgenschweres Gesetz sollte man daher nicht am Vorabend der Vertagung verabschieden. Das würde im Lande den allerschlechtesten Eindruck machen. Wenn die preußische Polenpolitik erst zu solchen Mitteln greifen muß, dann ist sie dem vollständigen Zusammenbruch nahe. Wir lehnen das Gesetz ab, weil es eine ungeheuerliche Entrechtung der Polen bedeutet und mit Recht und Gerechtigkeit im Widerspruch steht. Ferner steht es nicht nur mit dem Geiste, sondern auch mit dem Wortlaut der Verfassung im Widerspruch. Das, was ich hierüber in der ersten Lesung sagte, ist bis jetzt nicht widerlegt worden. Jede polnische Ansiedlung muß nach dem § 13b versagt werden, die Verfassung schließt aber ausdrücklich jede differentielle Behandlung der preußischen Staatsbürger aus. Tatsächlich ist es den Polen jetzt unmöglich, sich anzusiedeln, hierin liegt die größte Einschränkung des Eigentumsrechts und also nicht nur eine Verletzung der preußischen Verfassung, sondern auch eine Verletzung der Reichsverfassung. Unter allen Umständen müßte also nach 21 Tagen noch eine vierte Lesung stattfinden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Glatzel (nl.): Wenn man den Vorredner hörte, könnte man meinen, daß den Polen ein wunder wie großes Unrecht geschehen sollte. (Lachen im Ztr.) Davon ist aber keine Rede. ebensowenig kann man von einem Verfassungsbruch reden. Meine Freunde haben den Paragraph 13b genau geprüft und würden nie einem Gesetze zustimmen, das einen Verfassungsbruch darstellt. Es ist nach dem Gesetz den Polen nicht verboten, Grundeigentum zu erwerben und zu behalten, davon steht kein Wort in dem Gesetze; aus dem Gesetz eine Verfassungsverletzung herzuleiten, ist ein dialektisches Kunststück. Von einer Verletzung der Reichsverfassung kann man ebenfalls nicht reden, denn die Materie ist ausdrücklich der Landesgesetzgebung vorbehalten. Denken Sie nur an die Rentengutsgesetzgebung. Nun sagt man, das Gesetz widerspreche dem Geiste der Verfassung. Es ist sehr schwierig, den Geist jener im Sturm geborenen Verfassung auszulegen; meistens ist das, was man den Geist der Verfassung heißt, nur der Herren eigener Geist. Was aber vor allem als Geist der Verfassung bezeichnet werden muß, das ist die Integrität Preußens, und dieser Forderung trägt der vorliegende Entwurf Rechnung. Das Gesetz von 1886 hatte ein Loch und deshalb war der vorliegende Entwurf nötig. Die polnischen Parzellierungsbanken haben ihren eigenen Volksgenossen große Summen abgenommen, oft weit über den Wert des Grundstücks, es ist das Verdienst des Ministers von Podbielski, darauf hingewiesen zu haben. Durch das Gesetz wird dies verhindert, die Tätigkeit der polnischen Volksbank wird eingedämmt. Wir besehen daher auf dem § 13b; ich verstehe es aber ganz gut, daß die Polen dagegen sind und Obstruktion treiben. Das Gesetz wird also, indem es der Preistreiberei der Güter ein Ende macht, wirtschaftlich sehr günstig wirken. Die Deutschen befinden sich gegenüber den Polen in der Defensive. Das Polentum dringt immer weiter vor. Meine Freunde werden für § 13b stimmen und hoffen, damit für das Vaterland etwas Gutes zu tun. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole): Der Gesetzentwurf zeichnet sich durch eine so mangelhafte juristische Technik aus, wie ich noch niemals gesehen habe. Ohne die Motive kann man den Gesetzentwurf überhaupt gar nicht verstehen. Man ersieht aus dem Wortlaut gar nicht einmal, was der Gesetzentwurf will. Redner sucht dies an einzelnen Paragraphen nachzuweisen. So seien die Wörter „ferner“ und „Umwandlung“ an einzelnen Stellen ganz falsch gebraucht. Man scheine zu meinen, für die Polen sei eine solche undeutsche Fassung gut genug. Ein Verdienst des Abg. Roeren sei es, auf das Evidenteste nachgewiesen zu haben, daß das Gesetz gegen die Verfassung verstoße. Das Gesetz sei auch ein Gesetz gegen die Deutschen und er müsse die Deutschen gegen die Deutschen in Schutz nehmen. Das Gesetz werde den Deutschen durch Entwertung des Grund und Bodens eine halbe Milliarde Mark nehmen. Das Gesetz verstoße gegen die preußische Verfassung, gegen die Reichsverfassung und gegen das Bürgerliche Gesetzbuch. Die Rede des Abg. Glatzel beweise nur, daß dieser die Verhältnisse des Ostens nur aus dem Kommissionsbericht kenne. Die Zahl der deutschen Güter nehme im Osten nur deshalb ab, weil die Deutschen ihre Güter an die Ansiedlungskommission verkaufen. Das Gesetz werde den ländlichen Kredit im Osten untergraben und also keineswegs zur Stärkung des deutschen Besitzes dienen. Der Gesetzentwurf widerspreche den Grundsätzen des Christentums und müsse Haß erzeugen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.) erklärt, sie seien bereit, alle Verantwortung für die Maßnahmen zu tragen, die im Interesse des Deutschtums nötig seien. Der Vorredner sei mit großer juristischer Spitzfindigkeit vorgegangen. (Große Unruhe bei den Polen.) Die Polen bezweckten offenbar eine Verschleppung der Verhandlungen und hätten daher, wie er soeben erfahren, eine Reihe von neuen Anträgen eingebracht. Die Polen mögen aber nicht glauben, daß wir auf diese Anträge uns lang und breit einlassen werden. Die Vorlage wird keineswegs eine Verminderung des reellen Wertes des Grund und Bodens im Osten bewirken, sondern nur die künstliche und ungesunde Wertsteigerung infolge der Konkurrenz der polnischen Ansiedlungsbanken (Rufe von den Polen: der Ansiedlungskommission!) beseitigen. Ich meine ferner, daß man hier die Verfassung nicht ins Feld führen kann, denn die Artikel der Verfassung, auf die man sich hier bezieht, wollen doch nur die Beseitigung der Standesunterschiede bekretieren. Auch von einem Widerspruch mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann hier nicht gesprochen werden, denn hier handelt es sich nicht um privatrechtliche, sondern um öffentlich rechtliche Vorschriften. Nehmen Sie das Gesetz an, Sie tun damit ein gutes, deutschnationales Werk. (Beifall rechts. Zischen bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. Träger (freis. Vp., sehr schwer verständlich) bekämpft den § 13b. Daß es sich hier um eine fundamentale Verfassungsänderung handle, könne man gar nicht leugnen. Die ganze Vorlage sei mit einer ungemein ungeschickten Geschäftlichkeit gemacht worden. (Heiterkeit.) Wenn man das Deutschtum wirklich fördern wolle, so gebe es doch wirksamere Mittel als dieses Gesetz, das allem Recht und aller Gerechtigkeit Hohn spreche. (Beifall links, Zischen rechts.)

Minister Frhr. v. Hammerstein: Der Vorredner hat manche scharfe Ausdrücke gebraucht, die er lieber nicht hätte gebrauchen sollen. Es steht doch hier ein Gesetz zum Schutze des Deutschtums zur Beratung. Die Regierung hat sich nun mit schwerem Herzen zu diesem Gesetz entschlossen (Hört! hört!), handelt es sich hier doch um ein Gesetz, das gegen einen gewissen Teil der preußischen Bevölkerung gerichtet ist (Hört! hört!) Das Gesetz richtet sich aber nicht gegen alle Polen, es trifft nicht die Polen, die sich wohl unter der preußischen Herrschaft fühlen, sondern nur die, die ein eigenes Polenreich gründen wollen. (Lärm bei den Polen, Zuruf: Beweise!) Lesen Sie doch die polnische Presse! Der § 13b verwehrt keineswegs jedem Polen, sich anzusiedeln, nein, er verwehrt nur dort polnische Ansiedlungen, wo das Deutschtum gefährdet ist, er will also nur da polnische Ansiedlungen nicht gestatten, wo sie zu politischen Zwecken beabsichtigt waren und eine Gefahr für das Deutschtum bildeten. Das ganze Gesetz ist nur der Ausfluß der absoluten Notwendigkeit, das Deutschtum zu stärken. Wir hassen die Polen nicht, aber wir wollen doch oben bleiben. Zu meinem Bedauern ist das Zentrum gegen das Gesetz, weil es glaubt, daß das Gesetz sich auch gegen die Katholiken richtet. Derartige Absichten liegen der Regierung natürlich vollständig fern. Sie würde gern die Hilfe der katholischen Kirche im Osten in Anspruch nehmen, um das Deutschtum zu stärken. Ich glaube sicher, daß das Deutschtum des Zentrums ebenso stark ist, wie das der Mehrheitsparteien, und habe die Hoffnung auf die Mitwirkung des Zentrums noch nicht aufgegeben. Hat das Zentrum sich doch auch dem Kriege von 70/71 nicht widersetzt, obgleich der Gegner katholisch war. (Lachen im Zentr.)

Justizminister Schönstedt sucht in längeren juristischen Darlegungen nachzuweisen, daß das Gesetz nicht im Widerspruch mit der Verfassung stehe.

Abg. Paluskе (kons.) führt aus, daß auch die Konservativen die Verfassung hoch halten wollten, auch den Polen gegenüber.

Abg. Heisig (Ztr., fast unverständlich) erklärt, daß seine Partei gern bereit sei, alle deutschfeindlichen Bestrebungen mitzubekämpfen. Dazu brauche man aber dies Gesetz nicht.

Abg. Sieg (nl.) hält das Gesetz für dringend nötig.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung und kleine Vorlagen.)

Schluß 5½ Uhr.

Ausland.

Der Krieg in Ostasien.

Keine Intervention.

Der Berliner Korrespondent der „Times“ kommt in einem längeren Telegramm auf die Behauptung der „Köln. Ztg.“ zu sprechen, daß man in Japan jetzt eine Intervention seitens der europäischen Mächte gern sehen möchte. Er meint, wenn solche Ideen in Ländern Anklang fänden, denen daran liege, daß Rußland die Kapitulierung von Port Arthur exspart bleibe, so sei das verständlich, aber ebenso sicher sei es, daß man in England oder Amerika den Gedanken nicht sehr warm aufnehmen werde. Aber man müsse bedenken, daß der Gedanke einer westlichen Koalition gegen die „Gelbe Gefahr“ auch auf dem Kontinent nicht viel Freunde gefunden habe, und daß der Bruch der feierlichen Versprechen wegen Räumung der Mandschurei den Russen viel Sympathien entwendet habe, sowohl auf dem Kontinent als auch in Großbritannien und Amerika. Es würde vielleicht eine ganz schön gedachte Rolle für Deutschland sein, für Großbritannien und die Vereinigten Staaten mit solche Vorschläge zu machen, aber ob es gerade geschickt sei, am Vorabend der Festlichkeiten von Kiel mit diesen Plänen hervorzutreten, sei doch eine andere Frage. Als vor einiger Zeit auf dem Kontinent behauptet worden sei, daß König Eduard sich mit dem Gedanken trage, in Petersburg zu intervenieren, da sei das bald als eine vollkommen unbegründete Erfindung bezeichnet worden, und seitdem habe sich das Bild nur insofern geändert, daß die Japaner noch eine Reihe glänzender Siege dazu errungen hätten, es liege doch also wahrlich kein Grund vor, jetzt ihrem Siegeslauf Einhalt gebieten zu wollen.

Sonstige Meldungen.

Aus Jnkou wird gemeldet: Das Ziel Kurokis ist die Vereinigung mit der Armee des Generals Oku. Kuroki geht jedoch vorsichtig vor; er riskiert nichts, um alle Kräfte für den entscheidenden Kampf aufzusparen. Nach Telegrammen aus Liaujang hat General Mischtschenko die angestrebte Vereinigung der beiden feindlichen Armeen bisher zu verhindern gewußt. Im Osten hat General Rennenkampf wieder Sandiadse besetzt. Von Kuandianschan her werden erhebliche japanische Verstärkungen bemerkt.

Englische Machinationen in Konstantinopel.

Nachdem der englische Botschafter O'Connor schon durch seinen Dragoman und persönlich bei dem Großvezier über die Vorgänge in Armenien Vorstellungen gemacht hatte, wiederholte er die Beschwerden bei der gestrigen Audienz beim Sultan. Eine Sprache, wie der englische Botschafter gestern führte, soll der Sultan selten zu hören bekommen haben. England scheint tatsächlich Rußlands Verlegenheiten benutzen und die Türkei in gutem oder bösem wieder in seine Nähe ziehen zu wollen. Das alte Intriguenspiel zwischen der russischen und der englischen Partei am Hofe beginnt daher von neuem stärker denn je.

Verwicklungen in Marokko.

Die Geschichte mit dem amerikanischen Abenteurer Perdicari scheint weitere Folgen zu haben. Unmittelbar nach der erfolgten Auslieferung Perdicaris wurden Läufer nach Fes gesandt, um im Namen Englands und Amerikas die Bestrafung Raisulis vom Sultan zu verlangen. Nach einer Meldung des Korrespondenten der „Daily Mail“ in Tanger ist die amerikanische Regierung an die französische mit der Frage herangetreten, was sie zu tun gedenke. Alle Europäer sollen in Tanger der Ansicht sein, daß die unmittelbare Besetzung Tangers unvermeidlich sei. Wenn England mit der Abtretung Marokkos Frankreich für das nächste Dezennium beschäftigen wollte, so scheint ihm dies hiermit gelungen zu sein.

Oesterreich-Ungarn.

— Die Nachricht, daß im Komitat Békes die Feldarbeiter einen Ausstand vorbereiten und eine bedrohliche Haltung einnehmen sollen, ist, wie seitens der Komitatsbehörde gemeldet wird, vollkommen unwahr. Die Feldarbeiter verhalten sich überall ruhig.

Frankreich.

— Mit Unterstützung zahlreicher gelehrter, industrieller und finanzieller Körperschaften wird sich demnächst eine französische Kommission nach Marokko begeben, um die ethnographischen, religiösen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Landes zu erforschen.

Halle und Umgegend.

Halle, 28. Juni.

— [Der kohlenhaltige Grund und Boden,] auf dem das umfangreiche Betriebs-Etablissement der Firma Otto Hendel errichtet ist, macht die besonders aufmerksame Beobachtung der großen Kesselanlagen wegen der von ihnen entwickelten Hitze erforderlich. Dieselbe ergab gestern vormittag das Entstehen einer geringen Rauch- und Kohlengasentwickelung, die das Bestehen eines kleinen Brandherdes vermuten ließ, und daher zur näheren Nachforschung Veranlassung gab. Das durch die starke Hitze sehr ausgetrocknete Erdreich ergibt bei Hinzutritt nennenswerter Mengen frischer Luft infolge des Sauerstoffgehaltes derselben sofort Feuererscheinungen, deren jedoch die vorsichtshalber hinzugerufene Feuerwehr nach kurzer Zeit mächtig wurde, so daß nun die nötigen Abdeckungsarbeiten ungehindert vorgenommen werden können.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zu Halle.

Montag, 27. Juni, nachmittags 4 Uhr.

Den Vorsitz führt stellvertretender Vorsitzender Kommerzienrat Steckner; am Vorstandstische ferner Schriftführer Hildebrandt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen Stadtverordneten Louis Jentsch: Ich habe Ihnen die betrübende Mitteilung zu machen, daß der Senior unserer Versammlung, Herr Louis Jentsch, aus diesem Leben geschieden ist. In dem Bade Kissingen, wo er alljährlich Erholung suchte, hat ihn diesmal ein plötzlicher Tod betroffen. Unser verstorbener Kollege war nicht allein dem Alter nach Senior, er gehörte auch am längsten von allen Mitgliedern, und zwar 50 Jahre, dem Kollegium an. Erst im Januar d. J. hatten wir Gelegenheit, ihm aus diesem Anlaß unsere Ovationen darzubringen und ihm das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Unser verehrter Kollege hat ein langes und gesegnetes Leben hinter sich, es war eng mit den Schicksalen der Vaterstadt verbunden. Im Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begründete der Verstorbene sein gewerbliches Unternehmen unter bescheidenen Anfängen in Halle und brachte es zu hoher Blüte. Dem liebenswürdigen Kollegen, dem treuen und freundlichen Menschen, der wohl gar keinen Feind gehabt hat, wird sicherlich ein bleibendes Andenken bewahrt werden. Ich bitte Sie, sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen zu erheben.

Nachdem dies geschehen, erwähnt der Vorsitzende einige von früher schon vorliegende Petitionen. Der 3. kommunale Bezirksverein hat beantragt, eine kleine Insel am Hafen aus der Saale zu entfernen. Oberbürgermeister Staude erklärt, der Magistrat könne sich mit dem Projekt nicht befreunden. Die Beseitigung der Insel würde für die Schiffahrt wohl nicht ohne Nutzen sein, aber 12,000 M. Kosten verursachen.

Der Vorsitzende erklärt, der Kostenpunkt für irgend ein Projekt könne nach seiner Ansicht niemals für die Ablehnung maßgebend sein, wenn im übrigen die Notwendigkeit erwiesen ist.

Die Petition wird zur zweiten Prüfung der Baukommission überwiesen.

Eine weitere Petition betr. Verbreiterung der Zapfenstraße geht ebenfalls an die Baukommission.

Es liegt eine Einladung zur feierlichen Uebernahme des Rektorats an der hiesigen Universität durch Prof. Dr. Theodor Lindner am 12. Juli vor.

Nun erhält das Wort zu einer Erklärung der Stdv. Grote.

Bei der Beratung des generellen Projekts der Oberrealschule in der Finanzkommission hat der Herr Oberbürgermeister in nicht ganz liebenswürdiger Weise der Baukommission gedacht und gesagt, die Baukommission hätte das Projekt verschleppt, der Stdv. Grote persönlich hätte ein öffentliches Ausschreiben beantragt und die Baukommission habe das Projekt gar nicht technisch geprüft. Diese Bemerkungen sind zur Kenntnis der Baukommission gekommen und ihn ich zur Erwiderung beauftragt. Was die angebliche Verschleppung anbetrifft, so ist festzustellen, daß die Baukommission im November 1902 ihre letzte Sitzung abgehalten, seit jener Zeit ist das Projekt in den Händen des Magistrats. Ein öffentliches Ausschreiben habe ich nicht beantragt, ich habe nur gelegentlich in einer Sitzung gesagt, wenn das Bauamt nicht in der Lage sei, den Wünschen der Stadtverordneten nachzukommen, so könne ein Ausschreiben unter den hallischen Architekten in Frage gezogen werden. Wenn schließlich gesagt wurde, die Baukommission habe das Projekt nicht technisch geprüft, so fällt dieser Vorwurf in sich zusammen, da es sich nur um ein generelles, nicht aber um ein Spezialprojekt handelt. Die Baukommission hat die ihr zugegangenen Pläne jedenfalls auf das genaueste geprüft. Die Bemerkungen des Herrn Oberbürgermeisters haben in der Baukommission allerdings etwas verletzt. Wir werden aber deshalb nach wie vor unsere Pflicht tun. Wer einige Jahre lang in der Baukommission sitzt, weiß, wie viel Arbeit gerade in dieser Kommission geleistet wird, und erwartet nicht Lob oder Tadel. Nur die Freude an dem Aufblühen unseres Gemeinwesens und die Sorge für das allgemeine Wohl ist für uns entscheidend, wir dulden nicht um das Wohlwollen von irgend einer beamteten Stelle.

Oberbürgermeister Staude: Im Anschluß an die letzten Worte des Herrn Vorredners kann ich feststellen, daß der Magistrat nach gleichen Prinzipien für das Interesse der Stadt arbeitet, ganz gleich, ob für uns selbst Schaden oder Nutzen zu erwarten ist. Ich habe die Absicht nicht gehabt, die Baukommission zu verletzen, was aber die Materie selbst und die Arbeiten der Baukommission angeht, so verweise ich lediglich auf die zwei Denkschriften über die Oberrealschule, außerdem stehen die Akten zur Verfügung.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Stadtv. Aßmann beantragt unter Bekanntgabe einiger Monitos Entlastung über die Rechnung der Kämmereikasse für 1901. Die Entlastung wird ausgesprochen.

2. Der Magistrat legt die Entwürfe und Kostenanschläge vor a) für die Pflasterung der Uferstraße zwischen Flatbrücke und Holzplatz, veranschlagt zu 24,600 M., b) für die Pflasterung der Straße zwischen der städtischen Gasanstalt und dem Grundstück der Pfännerschaft (Holzplatz), veranschlagt zu 7100 M., c) für die Pflasterung der Wiesenstraße, veranschlagt zu 21,100 M., zusammen 52,800 M.

Die Baukommission stellt zu der Vorlage einige Abänderungsanträge, die durch den Referenten Stadtv. Stephan begründet werden. Der Kostenpunkt erhöht sich danach auf 54,535 M. Die Finanzkommission tritt diesen Abänderungen bei und beantragt, die Mittel aus der Anleihe von 1900 zu entnehmen. Stadtv. Thiele ist gegen diesen Vorschlag, da er es nicht für angängig hält, Pflasterungen u. dgl. aus Anleihen zu decken. Die Stadtv. Grote und Gygas sowie Bürgermeister v. Holly treten dieser Ansicht entgegen. Die Finanzkommission erklärt durch den Referenten Stadtv. Aßmann ihre Uebereinstimmung mit der Baukommission. Die Vorlage wird nach den Beschlüssen der beiden Kommissionen angenommen.

3. Stadtv. Dr. Kohlschütter, als Referent der Gesundheitskommission, beantragt die Bewilligung von 2000 M. zur weiteren Abgabe von sterilisierter Milch durch die Stadt zwecks

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19040628015/fragment/page=0002

Verminderung der Säuglingssterblichkeit. Die Milch soll der ganzen Bevölkerung, also jedem Nachsuchenden zum Preise von 8 Pf. pro halbes Liter abgegeben werden. Die Marken zum Bezug der Milch sollen in den Apotheken erhältlich sein. Die Finanzkommission schlägt durch den Referenten Stadtv. Engelcke vor, die Verteilung der Milch durch die Frauenvereine vornehmen zu lassen. Stadtv. Thiele empfiehlt die Vorschläge der Gesundheitskommission. Man solle doch bei dieser rein sanitären Maßregel die Vereine besselte lassen, da sich gar zu leicht bei Frauenvereinen u. dergl. das Odium der Wohltätigkeit einschleiche. Der Magistrat will die Verteilung der Milch selbst in die Hand nehmen. Stadtrat Teyelmann führt aus: Auch andere öffentliche sanitäre Maßregeln, wie Desinfektion, Anlage von Brausebädern in Schulen u. dergl. betrachte man als Pflichten, die in die allgemeinen Pflichten der Verwaltung fallen und bei denen kein Mensch daran denke, sie der Privatwohltätigkeit zu überlassen. Stadt. Grote ist für den Vorschlag der Finanzkommission, da er nicht wünscht, daß eine städtische Einrichtung aus der Abgabe der Milch werde. Stadtv. Giese und Stadtv. Krüger sind für die Vorschläge der Gesundheitskommission. — Die Vorschläge des Stadtv. Professor Dr. Kohlschütter finden Annahme.

4. Für die infolge Ausführung des neuen Kanalisationsprojekts notwendig gewordene Verlegung von Kabeln des städtischen Elektrizitätswerks in einem Teile der Großen Ulrich- und Steinstraße, den Kleinschmieden und dem Moritzzwinger werden nach dem Antrage des Referenten Stadtv. Große 2500 M. à conto der Anleihe von 1900 bewilligt.

5. Der Magistrat schlägt vor, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß a) die Ackerpläne Nr. 20 und 21 an der Neuen Leipziger Chaussee für einen neuen Begräbnisplatz bestimmt werden und b) der Plan Nr. 20 von dem hiesigen Hospital zum Einheitspreise von 1200 M. für den Morgen, also zum Gesamtpreise von 106,223,35 M., durch die Stadtgemeinde à conto Bewilligung erworben wird. Die Bewilligung von Mitteln ist zunächst nicht erforderlich, da der Kaufpreis vom Hospital gestundet wird und für letzteres auf die ersten 10 Jahre unkündbar sein soll. Der Referent Stadtv. Hofmeister empfiehlt die Vorlage, die angenommen wird.

6. Die Fleischerinnung hat um baldmögliche Pflasterung der Freimfelderstraße zwischen Diemitzer Eisenbahnbrücke und Neideburgerstraße mit guten Reihensteinen petitioniert. Die Baukommission, für die Stadtv. Stephan referiert, hält es für notwendig, daß die Strecke umgepflastert wird. Die Kosten werden ca. 700 M. betragen, die bewilligt werden.

Gerichtsverhandlungen.

Schwurgericht zu Halle.

Halle, 28. Juni.

Gestern begann am hiesigen königl. Landgericht die vierte diesjährige Schwurgerichtsperiode. Den Vorsitz führt Herr Landgerichtsdirektor Fromme. Als Beisitzer fungierten Herr Landgerichtsrat Grünberg und Herr Amtsrichter Grambera. Die königl. Staatsanwaltschaft war vertreten durch Herrn Staatsanwaltschaftsrat Hartmann.

Ausgelost wurden als Geschworene die Herren: Kreyssing-Brehna, Degen-Landsberg bei Halle, Pösch-Passendorf, Ziervogel-Halle, Lauterbach-Lauchstädt, Lehmann-Wespuar bei Schkeuditz, Hothan-Halle, Wendenburg-Rauendorf bei Eisleben, Trautmann-Bernburg, Dr. phil. Suchsland-Halle, Lwowski-Halle, Pösche-Halle.

Angeklagt war der aus Untersuchungshaft vorgeführte Geschirrführer Oskar Labisch aus Helbra bei Eisleben. Er ist zwanzig Jahre alt und bisher unbestraft. Er soll am 16. Mai früh gegen 3 Uhr auf dem Wege zwischen Helbra und Bahnhof Mansfeld an einem jungen Mädchen aus Klostermansfeld ein Verbrechen verübt haben. Die Verhandlung geschah unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Angeklagte gab an, er sei betrunken gewesen. Nach Vernehmung der Zeugin, der 14¾ Jahre alten Anna K., die er überfallen hatte, gab er zu, es könne wahr sein, was diese ausgesagt hatte. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände. Das Gericht erkannte auf ein Jahr 6 Monate Gefängnis.

— Im Beleidigungsprozesse des Reichstagsabgeordneten Münch-Ferber gegen den Direktor der Vogtländischen Spinnerei-Aktiengesellschaft Schmid wurde von der Strafkammer zu Hof das Urteil der ersten Instanz dahin geändert, daß Schmid aufgrund des § 186 zu 100 M., Münch-Ferber aufgrund des § 187 zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Schmid wurde in einem Falle freigesprochen.

Provinzialnachrichten.

* **Naumburg**, 24. Juni. [Auf dem 22. Verbandstag] der sächsisch-thüringischen Schutzgemeinschaften für Handel und Gewerbe, der hier stattfand, wurde u. a. beschlossen, 4 bis 6 Wochen vor jedem Verbandstage eine Vorversammlung einzuberufen, in welcher weitere 4 bis 6 Vereine vertreten sein sollen; der Antrag wurde angenommen und die Vereine Altenburg, Crimmitschau, Zeitz, Weimar und Greiz für das erste Jahr gewählt. Diesem erweiterten Vorstande sollen auch die neuen Verbandssatzungen zur Beratung vorgelegt werden. Dann wurde folgender Antrag angenommen: „Jeder Bruderverein hat auf Grund seiner Vereinsbestimmungen ausgeklagte Forderungen öffentlich zum Verkauf auszubieten und dem auftraggebenden Verein ein Belegexemplar der Zeitung portofrei zu übermitteln." Angenommen wird ferner einstimmig der Antrag: „Säumige Schuldner sind nicht in der Liste des Wohnortes der Gläubiger, sondern in die Vereinsliste einzutragen, wo der Schuldner seinen Wohnsitz hat." Hierauf berichtete der Vorsitzende über die beim Auskunftswesen hervorgetretenen Mängel und forderte deren Beseitigung, da das gesamte Auskunftswesen ein wesentlicher Faktor im Gewerbeleben und es Pflicht der Schutzgemeinschaften sei, dasselbe ordnungsgemäß auszugestalten. Herr Krödel-Zeitz beklagte sich über das geringe Entgegenkommen der Behörden in Sachen der Manifestantenliste, deren Offenlegung doch wohl ursprünglich im Interesse des Kreditwesens geplant gewesen sei, und der Vertreter des Vereins Teuchern über die schweren Nachteile, welche die Konsumvereine dem Gewerbestande zufügten.

* **Naumburg**, 27. Juni. [„Einmariniert".] Ein hiesiger Bautechniker hatte, um seiner Braut mehr zu gefallen, aus einer Maskengarderobe sich die Uniform eines Marineoffiziers geliehen und promenierte in ihr, das junge Mädchen am Arme, in der Stadt umher, ließ sich als Offizier grüßen, stellte sich Offizieren als Kamerad von S. M. S. „Nymphe" vor und wurde schließlich von der Polizei „einmariniert".

r. **Eilenburg**, 26. Juni. [Der Muldegau-Lehrerverband] hielt seine 20. Hauptversammlung gestern auf der „Sorbenburg" hier ab. Trotz der ungünstigen Witterung waren 75 Mitglieder der Vereine Eilenburg-Stadt, Eilenburg-Land, Delitzsch und Bitterfeld erschienen. Der Vorsitzende des Verbandes, Kantor Kirsten-Bitterfeld, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß der Verband auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken könne. Seitens des gastgebenden Vereins begrüßte Lehrer Liebold-Eilenburg die Teilnehmer. Der Antrag, künftig statt der bisherigen zwei Versammlungen jährlich nur eine einzuberufen, wurde angenommen. Sodann sprach Rektor Müller-Eilenburg über die ungeteilte Unterrichtszeit. Redner streifte die Geschichte der Frage, skizzierte den Standpunkt, den die am meisten interessierten Faktoren Elternhaus, Schüler, Lehrer und Ärzte der ungeteilten Unterrichtszeit gegenüber einnehmen, wies an der Hand zahlreicher Beispiele und Aussprüche die Minderwertigkeit des Nachmittagunterrichtes nach, widerlegte die Einwände, die aus sozialen Erwägungen der Frage gegenüber erhoben werden, und betonte die unterrichtliche und erzieherische Bedeutung des ungeteilten Unterrichts. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Pause, während welcher der ständige Ausschuß zu einer kurzen Beratung zusammentrat und als Ort der nächsten Versammlung Bitterfeld in Aussicht nahm. Die Besprechung des Vortrages war recht lebhaft. Von verschiedenen Rednern aus Stadt und Land wurde die in manchen Orten bereits praktisch erprobte ungeteilte Unterrichtszeit als ganz entschieden vorteilhaft bezeichnet, andererseits aber auch auf die Anstrengung eines fünfstündigen Unterrichts für Schüler und Lehrer, namentlich in der einklassigen Landschule, hingewiesen. Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Der Muldegau-Lehrerverband hält für Volks-, Bürger- und Mittelschulen aus sanitären, sozialen und pädagogischen Gründen den ungeteilten Unterricht für vorteilhafter als den geteilten und fordert die Mitglieder auf, in ihren Kreisen geeignete Schritte zur Einführung der ungeteilten Unterrichtszeit zu unternehmen." Mit einem Hoch auf den Kaiser schloß der Vorsitzende die Versammlung.

-b. **Liebenwerda**, 26. Juni. [Hoher Jagdpachtpreis.] Infolge der regen Nachfrage nach Jagden sind in hiesiger Gegend in diesem Jahre bei Neuverpachtungen von Jagden oft auffällig hohe Pachtpreise gezahlt worden. So gab bei der Verpachtung der Mückenberger Gemeindejagd Rittergutsbesitzer von Arnim-Mückenberg das Höchstgebot von 1150 M. ab. Der bisherige Jagdpachtpreis belief sich auf 320 M.

+ **Schönebeck** (Elbe), 27. Juni. [Deutscher Anglerbund. — Schadenfeuer.] Der vierte Gautag des Gaues Sachsen-Anhalt des Deutschen Anglerbundes wurde gestern hier im Landhause abgehalten. Alle zugehörigen Klubs (Magdeburg, Werder, Buckau, Fermersleben, Salbke, Schönebeck, Calbe, Bernburg, Tangermünde) hatten ihre Vertreter entsandt. Der Vorsitzende Küker-Magdeburg begrüßte die Teilnehmer. Den Jahresbericht erstattete Kassierer Müllbrodt. Darnach zählt der Gau 325 Mitglieder gegen 270 im Vorjahre. Der Anschluß an den Fischereiverein Sachsen-Anhalt ist noch nicht erfolgt, da auf den Antrag die Antwort noch aussteht. Bundespräsident Dr. Brehm-Berlin und Vizepräsident Oberkriegsgerichtsrat Welsch-Magdeburg haben eine Petition betr. Erteilung der Bahnmarkten und Sonntagserlaubnisscheinen an die Regierung gesandt. Den beiden Bundespräsidenten wurden Begrüßungstelegramme gesandt. Nachdem dann Tangermünde zum Vorort für den nächsten Gautag und der Gauvorsitzende zum Delegierten für den Bundestag in Bernburg gewählt worden war, wurden die Verhandlungen mit einem kräftigen „Petri Heil" geschlossen.— Schon wieder ertönte nachts die Sturmglocke. Es brannte eine mit Betten und Bettfedern ufw. gefüllte Niederlage, deren einer Flügel erst vor kurzem ausbrannte. Bei dem stürmischen Winde war große Gefahr, doch gelang es der Wehr, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Ein Ziegeneck und eine Katze sind mit verbrannt.

* **Lommatzsch**, 25. Juni. [Durch Unvorsichtigkeit sich selbst erschossen.] Der Kirschenpächter Schräber aus Cultitz wollte durch Gewehrschüsse Stare verscheuchen, hierbei entlud sich die Waffe durch unvorsichtige Handhabung. Einige Schrote drangen dem Mann ins Herz, sodaß der Tod sofort eintrat.

K. **Erfurt**, 26. Juni. [Grundsteinlegung.] In Gegenwart der Spitzen der königl. und städtischen Behörden fand heute mittag an der Hohenlohestraße in feierlicher Weise die Grundsteinlegung zum Feierabend-Haus für Lehrerinnen statt. Es hatten sich Vertreterinnen von Vereinen, die das gleiche Ziel erstreben, aus Magdeburg und Gotha, sowie Professor Wunder als Vertreter des Hallischen Vereins, eingefunden. Fräulein Hesse, Direktorin der Musikschule in Erfurt und 1. Vorsitzende des Thüringer Verbandes, betonte in ihrer Dankesansprache, daß an Stelle der verstorbenen Frau Erbgroßherzogin Pauline von Sachsen-Weimar-Eisenach, Frau Großherzogin Karoline das Protektorat über den Verband übernommen habe. Nach 12jähriger Arbeit begrüßte diese den heutigen Tag mit Freude. Könne man doch hoffen, binnen Jahresfrist die Worten des Lehrerinnen-Feierabendhauses solchen Lehrerinnen zu öffnen, welche sagen: „Herr, es will Abend werden und der Tag hat sich geneiget." Herr Gewerbeschulrat Claus legte die Büchse mit der Erbauungsurkunde in den Grundstein. Herr Ober-Regierungsrat v. Natzmer zollte im Namen der Regierung dem Vorstande des Verbandes die vollste Anerkennung. Ein gleiches tat Herr Oberbürgermeister Dr. Schmidt im Namen der Stadt Erfurt. Dann folgten die feierlichen Hammerschläge.

— [Personal-Nachrichten.] Der Regierungsrat Cuny in Magdeburg ist zum Stellvertreter des zweiten Mitgliedes des Bezirksausschusses zu Magdeburg ernannt worden. — Dem Gewerbeinspektor Paul Heinemann in Magdeburg ist der Charakter als Gewerberat mit den persönlichen Range der Räte vierter Klasse verliehen worden. — Der Kaufmann Eustav Heydeneck in Magdeburg ist zum Handelsrichter bei dem Landgericht daselbst, der Kaufmann Moritz Ulrich in Magdeburg zum stellvertretenden Handelsrichter bei dem Landgericht daselbst ernannt worden. — Der Staatsanwalt Rasmus in Thorn ist nach Magdeburg versetzt worden. — Der unterinspektor Zuritz Vorstandsbeamte bei der Reichsbankstelle in Nordhausen Brückdorf ist zum Rendanten und Zweiten Vorstandsbeamten ernannt worden. — Dem Regierungs- und Baurat Röthig, Vorstand der Eisenbahnmaschinen-Inspektion Halberstadt, wurde die Erlaubnis erteilt zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Herzoglich Anhaltischen Haus-Ordens Albrechts des Bären.

* **Greiz**, 27. Juni. [Sänger-Malheur.] Als der Leipziger Männerchor am Sonntag im Garten des hiesigen „Tivoli" ein Konzert gab, brach nach dem Gesange des ersten Liedes das Podium zusammen. Verletzungen sind glücklicherweise nicht vorgekommen.

Vermischtes.

Ende eines Offiziers. Mit Cyankali vergiftet hat sich in Berlin der 39 Jahre alte Kaufmann Hauptmann a. D. Alexander v. Spitz. Der Verstorbene, der früher einem Provinzial-Infanterieregiment angehörte, nahm vor 9 Jahren als Oberleutnant mit dem Charakter eines Hauptmanns seinen Abschied und wurde Kaufmann. Nach sechsjährigem Aufenthalt in Odessa kam er vor drei Jahren nach Berlin als Vertreter eines Industriewerkes in Ludwigshafen. Gleich zu Beginn seines Berliner Aufenthaltes verheiratete sich v. Spitz mit einer Offizierswittwe v. Schlegel geb. v. Raabe, die ihm zwei Kinder in die Ehe mitbrachte, einen jetzt 15 Jahre alten Sohn, der eine Kadettenanstalt besucht, und eine Tochter, die jetzt 16 Jahre zählt und bei Verwandten in Pension ist. Am Sonnabend kehrte Frau v. Spitz um 8 Uhr von einem Besuch heim. Als sie die Tür zu seinem Zimmer öffnete, sah sie ihren Mann tot am Schreibtisch sitzen. Auf dem Tisch fand sich ein Rest von Cyankali. Die Frau rief um Hilfe und eilte nach der Polizei, während Hausgenossen einen Arzt holten. Dieser konnte nur noch den Tod feststellen. Was den Mann zum Selbstmord veranlaßte, ist vorläufig nicht bekannt.

Potsdamer Fähnriche als Duellanten. Ein Säbelduell hat zwischen zwei Fähnrichen der Potsdamer Kriegsschule stattgefunden und mit der schweren Verletzung des einen Duellanten geendet. Beim Cresquilszeichnen waren die Fähnriche v. Wedell vom 17. Feld-Art.-Regiment und v. Heintze von einem Drag.-Regiment miteinander in Wortstreit geraten, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Fähnrich v. Wedell wurde dabei von dem Fähnrich v. Heintze geohrfeigt und trug diesen zum Duell heraus fordern. Das Kommando der Kriegsschule entschied, daß bei der Schwere der wörtlichen und tätlichen Beleidigungen dem Duell stattzugeben sei, und bestimmte als Waffen scharfgeschliffene Säbel. Der Waffengang sollte bis zur Kampfunfähigkeit des einen Gegners durchgeführt werden. In der Reitbahn der Kriegsschule wurde darauf in Gegenwart zahlreicher Zeugen das Duell ausgefochten. Der beleidigte Fähnrich v. Wedell brachte dabei seinem Gegner schwere Wunden an der Nase, Stirn und Wange bei, so daß v. Heintze nach dem Garnisonlazarett gebracht werden mußte. v. Wedell erhielt unbedeutende Verletzungen.

Eine Entdeckung in der Berliner Mädchenmordsache. Der bisher fehlende Korb, in dem das ermordete Kind in die Spree geschafft wurde, hat sich jetzt gefunden. Der Korb ist an demselben Tage, an dem der Rumpf der Lucie Berlin in der Spree gefunden wurde, oder einen Tag zuvor von einem Schiffer an der Kronprinzenbrücke aus dem Wasser gefischt und jetzt dem Polizeipräsidium abgeliefert worden. Im Korbe sollen sich noch angetrocknete Blutflecken finden. Der Schiffer Kluntzer erklärte, er sei im Besitze eines Korbes, den er mit dem Steuermann Otto Tornow aus der Spree beim Friedrich-Karl-Ufer unweit der Kronprinzenbrücke am frühen Morgen des 10. oder 11. d., am 9. d. M. ist bekanntlich das Verbrechen begangen worden, in seinen Kahn gezogen hatte. Den Korb hatte K., der bisher keine Ahnung von dessen Bedeutung gehabt hatte, mit nach Hause genommen und in Wolterdorf liegen gelassen. — Man nimmt an, daß Lucie Berlin bereits am Donnerstag um 2 Uhr nachmittags ermordet, zerstückelt und in den Korb gepackt war. Vor Eintritt der Dunkelheit hat der Mörder den Korb mit der Leiche sicher nicht nach der Spree getragen. Die zerstückelte Leiche lag also wohl immerhin bis gegen 11 Uhr abends in dem Korbe. Bis dahin konnte eine gewisse Menge Blut antrocknen. Ein Teil wird sich im Wasser wieder abgelöst haben, aber wohl nicht alles, da ja der Korb nicht sehr lange im Wasser lag. Der übrig gebliebene Rest trocknete bald wieder an. Der Korb ist sofort dem Gerichtschemiker zur näheren Untersuchung überwiesen worden. Man glaubt mit der Entdeckung des Korbes die Täterschaft des in Haft befindlichen Berger nachweisen zu können.

Feuersbrunst in einer Automobilfabrik. Die Cudell-Motorkompagnies-Aktiengesellschaft in Aachen ist durch eine Feuersbrunst, die in der Nacht ausbrach, fast vollständig zerstört worden. Der Schaden beläuft sich auf zirka 375,000 M. Der Betrieb dürfte bis auf weiteres völlig unterbrochen sein.

Drohender Brücken-Einsturz. Von der im Bau begriffenen neuen Maximilians-Isarbrücke bei München wichen gestern an den Uferwiderlagern die Gelenke aus, und zwar am rechten Ufer um 37 Zentimeter und am linken Ufer um 50 Zentimeter, so daß der Einsturz des linken Bogens, wo das Gerüst bereits seit vierzehn Tagen entfernt ist, unvermeidlich ist, während das Gerüst rechts noch steht. Auch der Bogen auf der rechten Seite muß abgebrochen werden. Verunglückt ist niemand, doch sind die Arbeiten eingestellt worden. Die Ursache des Ausweichens ist noch nicht festgestellt.

Mordversuch eines russischen Bankbeamten. In Moskau wurde Sonntag abend das Mitglied des Verwaltungsrats der Internationalen Bank, Edmund Nowizki, von dem Bankbeamten Tonkogow durch zwei Dolchstiche schwer verletzt. Tonkogow hat sich selbst der Polizei gestellt.

Sportnachrichten.

— Die gestrige Wettfahrt des Kaiserlichen Jachtklubs begann bei regnerischem Wetter, aber bei gutem Segelwind aus Nordwest. Es starteten die Jachten der Klasse 5 und 6, welche die bekannte Dreiecksbahn im inneren Hafen abzusegeln haben. — Die gestrige dritte Regatta der Sonderklasse begann um 12 Uhr 5 Min. bei gutem Segelwind bei Laboe. 12 Jachten waren am Start erschienen, darunter „Angela", die Jacht des Kronprinzen.

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

[Nachdruck verboten.]

29. Juni: Wolkig mit Sonnenschein, warm, meist trocken.
30. Juni: Wolkig, teils heiter, schwül. Später windig, Gewitter.
1. Juli: Wolkig, heftiger Wind, kühler. Strichweise Gewitter und Regen.
2. Juli: Vielfach bedeckt, kühl, windig. Regenfälle.

Letzte Telegramme.

Berlin, 28. Juni. Im Pommernbankprozeß sind die Verteidigungsreden gestern beendigt worden. Der Vorsitzende beraumte die nächste Sitzung auf heute, Dienstag, 9 Uhr an. Auf der Tagesordnung stehen die Repliken und Dupliken. Der Urteilsspruch wird Freitag erwartet.

Budapest, 28. Juni. Gräfin Lonyay, die frühere Kronprinzessin Rudolf von Oesterreich, die sich zuzeit mit ihrem Gatten in Ungarn aufhält, ist dort neuerdings nicht unbedenklich erkrankt, sodaß der italienische Frauenarzt Professor Dr. Bossi telegraphisch zur Konsultation gerufen wurde.

Lima, 27. Juni. Etwa 20,000 Parteigänger der demokratischen Partei veranstalteten gestern in den Straßen der Hauptstadt einen Umzug; 5000 Anhänger der Bürgerpartei machten eine Gegenkundgebung in Callao. In Lima kam es gestern nacht zu einem Kampf, bei dem Schüsse gewechselt wurden. Eine Person wurde getötet, zehn verwundet.

Philadelphia, 28. Juni. In einer hiesigen Feuerwerks-Fabrik ereignete sich eine Explosion, die eine Feuersbrunst herbeiführte. Dabei sind viele in der Fabrik Beschäftigte umgekommen. Von 22 Arbeiterinnen werden 20 vermißt, auch Feuerwehrleute sind verletzt.

Von der Kieler Woche.

Kiel, 28. Juni. Der Kaiser brachte bei der Festlichkeit im Jachtklub einen Trinkspruch aus, in dem es heißt:

Am heutigen Tage haben wir die hohe Ehre und die große Freude, Se. Maj. König Eduard VII., den Admiral der „Royal Jacht Smadron" unter uns begrüßen zu können und zwar als neues Mitglied. Gestatten Ew. Maj., daß ich als Kommodore des Klubs meinen herzlichen Dank Ew. Majestät aussprechen darf. Wir wissen die hohe Ehre voll zu schätzen, den Admiral der „Royal Jacht Smadron" in unserer Mitte zu haben, von der der Sport in England so viele Jahre lang seine Entwicklung und seinen Aufschwung genommen hat und wo ich meine Lehrzeit durchgemacht habe. Gleichfalls bitte ich, meinen innigsten Dank aussprechen zu dürfen für den wundervollen Pokal, den Ew. Maj. dem Klub verehrt haben. Diesen Gefühlen und dem Dank, den wir im Herzen tragen, wollen wir Ausdruck geben, indem wir nach echter Segelsort ein dreifaches Hurra auf Se. Maj. ausbringen. Se. Maj. der König hipp, hipp, hipp, hurra!"

König Eduard antwortete in deutscher Sprache:

Darf ich Ew. Majestät Meinen innigsten Dank aussprechen für Ihre so freundlichen Worte. Ich bin hierhergekommen sehr erfreut über den Empfang, der mir bereitet worden ist von Ew. Majestät und allen Mitgliedern des Kaiserlichen Jachtklubs. Ich bin stolz darauf, heute Mitglied des Klubs geworden zu sein, und hoffe, daß Ew. Maj. oder ein anderer der Herren den Preis gewinnen wird, der hier allen offen steht. Ich danke tausendmal für alle Ihre guten Wünsche und trinke auf die Gesundheit des Admirals des Kaiserlichen Jachtklubs. Es lebe der Kaiser hoch, hoch, hoch!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19040628015/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— **Zum Saatenstand im Deutschen Reich.** Zu den gestern bekannt gegebenen Ziffern über den Stand der Saaten im Deutschen Reich bemerkt das Kaiserliche Statistische Amt: Die Witterung des abgelaufenen Berichtsmonats war im grössten Teile des Deutschen Reichs für das Wachstum der Feldfrüchte wenig günstig. Die Winterhalmfrüchte haben noch verhältnismässig wenig gelitten. Das Sommergetreide hat unter der Ungunst der Witterung sehr gelitten. Besonders sind die späteren Saaten von der anhaltenden Dürre schwer betroffen. Stellenweise sind die Gerste- und Haferfelder vollständig abgestorben. Auch der Wurmfrass, besonders im Hafer, und das Unkraut haben nicht selten zur Verschlechterung des Standes beigetragen. Bezüglich der Kartoffeln hofft man, dass sie sich nach Eintritt günstigerer Witterung noch gut fortentwickeln werden. Von den Futterkräutern hatte in den Nord- und Mitteldeutschland besonders der Klee unter Dürre und kalten Nächten zu leiden. In den süddeutschen Staaten zeichnete sich der Stand der Futterpflanzen vorteilhaft aus. Die Luzerne hat sich widerstandsfähiger gezeigt.

— **Vereinigte deutsche Nickelwerke in Schwerte i. W.** In der am Sonnabend stattgehabten Aufsichtsratssitzung der Vereinigten deutschen Nickelwerke, A.-G., vormals Westfälisches Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte & Co. wurde die vom Vorstande vorgelegte Bilanz genehmigt und beschlossen, der am 23. Juli cr. stattfindenden Generalversammlung nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. (wie i. V.) vorzuschlagen.

— **Abschlüsse von Zuckerfabriken.** Der Abschluss der Zuckerfabrik Salzwedel für das Betriebsjahr 1903/04 ergibt einen Ueberschuss von 165,612 M., woraus nach 118,837 M. Abschreibungen 43,200 M. als 4 Proz. Dividende auf 1,080,000 M. Aktienkapital ausgeschüttet werden. — Die Zuckerfabrik Rastenburg (Ostpr.) verteilt für 1903/04 auf die Prioritäts-Aktien 5 Proz., auf die Aktien Lit. B 3 Proz. Dividende. — Die Zuckerfabrik Obernjesa erzielte 1903/04 nach 57,668 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 10,415 M. bei 750,000 M. Aktienkapital.

— **Pfälzische Eisenbahnen.** Die Aktien der Pfälzischen Eisenbahnen schlugen wegen der Wiederaufnahme der Verstaatlichungsverhandlungen an der Sonnabend-Börse eine steigende Richtung ein. Nordbahn 132,30, Maxbahn 142, Ludwigshafen-Bexbacher 223,50.

— **Rumänisch-amerikanische Petroleumgesellschaft.** Nach einer Meldung aus Bukarest versagte das Gericht der neu errichteten rumänisch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, der Gründung der Standard Oil-Company, die Bewilligung zur Aufnahme des Betriebes. Als Grund wurde ein begangener Formfehler angegeben.

Essen a. d. Ruhr, 27. Juni. Der Kohlenmarkt ist infolge der bevorstehenden Inventuren abgeschwächt.

Zahlungs Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn.-Term.	Anm.-Frist	1. Gl.-Vers.	Prüf.-Term.
Makler Detlef Diedrich Thies von Vett †	Altona	Altona	16.6.	1.9.	6.7.	16.9.
Schlosserm. Aug. Rettig	Bautzen	Bautzen	14.6.	16.7.	9.7.	30.7.
Bauunternehmer Johann Friedr. Turnau	Bremen	Bremen	16.6.	15.7.	8.7.	12.8.
Kfm. Bruno Deepier	Dirschau	Dirschau	16.6.	25.7.	7.7.	5.8.
Mechaniker Friedr. Rob. Lösche	Dresden	Dresden	15.6.	6.7.	19.7.	19.7.
Schneidemühlen-Besitzer Willib Ewest	Uchtdorf	Fiddichow	15.6.	1.8.	5.7.	16.8.
Scharf & Brühl	Hagen	Hagen i. W.	14.6.	14.7.	1.7.	19.8.
Kaufmann Otto Bislich	Kottbus	Kottbus	15.6.	15.7.	9.7.	17.8.
Kaufm. Herm. Hilb, in Firma Hilb & Cie.	Mannheim	Mannheim	16.6.	9.7.	8.7.	22.7.
Dr. phil. Willy Berkefeld	Wega	Nieder-Wildungen	16.6.	12.7.	16.7.	30.7.
Bauunternehmer Reinhard Fickert	Plauen	Oelsnitz i. V.	15.6.	1.7.	11.7.	11.7.
Gustav Becker & Co.	Weissenfels	Weissenfels	15.6.	3.8.	8.7.	23.8.
Kfm. Fr. W. Hitzschke jr., i. Fa. Friedr. Wilhelm Hitzschke jr.	Weissenfels	Weissenfels	16.6.	16.8.	8.7.	30.8.
K. G. Müller, Kaufm.	Barmen	Barmen	17.6.	6.7.	14.7.	14.7.
Rich. Brandt, Zigarrenf.	Brotterode	Brotterode	15.6.	6.7.	13.7.	13.7.
K. E. Winkler, Kaufm.	Dresden	Dresden	16.6.	8.7.	19.7.	19.7.
Paul Hermann Graf, in Fa. Graf & Paatzsch, Tuchhandlung	Dresden	Dresden	16.6.	9.7.	19.7.	19.7.
Bernhard Janssen, Getreidehändler	Wagnersfehn	Esens	6.6.	4.7.	14.7.	14.7.
Rud. Leischer, Kaufm.	Wolsleben	Gr.-Salze	15.6.	4.8.	7.7.	16.8.
Max Froehlich, Elektrotechniker	Hirschberg i. Schl.	Hirschberg i. Schl.	15.6.	5.8.	11.7.	17.8.
Max Boondy, Kaufmann	Karlsruhe	Karlsruhe	16.6.	22.7.	7.7.	19.7.
Leopold Böhm, Kaufm. (Böhms Schuhbazar)	Rixdorf	Rixdorf	17.6.	12.8.	12.7.	21.8.
Jettka verw. Kaiser, Schuhwarengeschäft	Zittau	Zittau	17.6.	6.7.	14.7.	14.7.

Preise von Kali-Kuxen,

festgestellt von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen, 27. Juni.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Alexandershall	—	4515	Hohenfels	8325	8375
Beienrode	—	5550	Hohenzollern	—	5750
Benthe Aktien	315	330	Johannashall	—	—
Bernhardshall	—	850	Justus I.	6575	6625
Burbach	—	7400	Kaiseroda	—	5900
Carlsfund	5375	5425	Neustassfurt	14,800	—
Desdemona	—	—	Ronnenberg (Aktien)	1775	[illegible]
Deutschland	430	460	Salzdetfurth Kaliw. A.	—	2250
Friedrichshall	1370	1420	Salzgitter (Vorz.-Akt.)	—	850
Glückauf-Sondersh.	14,000	14,200	Schwarzburger Salin.	650	725
Hansa	130	150	Siegfried I	775	810
Hedwigsburg	8225	8325	Wilhelmshall	—	9650
Hercynia	—	19,750	Wintershall	—	7050

Von Kaliwerten Wilhelmshall schwächer.

Viehmärkte.

Schlachtviehmarkt Leipzig, 27. Juni. Marktpreise für 50 kg in Mark, erste Notierung für Lebend-, zweite für Schlachtgewicht.

Auftrieb: 428 Rinder, und zwar: 207 Ochsen, 23 Kalben, 97 Kühe, 101 Bullen; 262 Kälber; 512 Stück Schafvieh; 1393 Schweine, zusammen 2599 Tiere.

Ochsen:	1. vollfleischige, ausgemästete	—	74
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete	—	70
	3. mässig genährte junge, gut genährte ältere	—	65
	4. gering genährte jeden Alters	—	60
Kalben u. Kühe:	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben	—	72
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe	—	69
	3. ältere ausgemästete Kühe	—	64
	4. mässig genährte Kühe und Kalben	—	56
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	48
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	68
	2. mässig genährte jüngere u. genährte ältere	—	65
	3. gering genährte	—	60
Kälber:	1. feinste Mast (Vollm.-Mast) u. beste Saugkälber	48	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	44	—
	3. geringe Saugkälber	38	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	36	—
	2. ältere Masthammel	34	—
	3. mässig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	—	—
Schweine:	1. vollfleischige der feineren Rassen	—	52
	2. fleischige	—	48
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	43
	4. ausländische (aus ....)	—	—

Geschäftsgang in Rindern, Schafen und Schweinen mittelmässig, in Kälbern langsam. Verkauf: 416 Rinder und zwar: 196 Ochsen, 22 Kalben, 97 Kühe, 101 Bullen, 262 Kälber, 452 Schafe, 1360 Schweine.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

New York, 27. Juni. [Telegr.] Roter Winterweizen loco 108 (vorige Notierung 108), Juli 89⅝ (90⅝), September 85⅛ (85⅜), Dezember 85 (85½), Mai — (—). Mais Juli 53⅝ (54), Septbr. 53¼ (53⅝), Dezember — (—). Mehl 3,85 (3,85), Getreidefracht 1 (1).

Chicago, 27. Juni. [Telegr.] Weizen Juli 85½ (85⅞), September 80⅞ (81⅜), Mais Juli 47¾ (47⅞).

Berlin, 27. Juni. Frühmarkt. Roggen Sept. 141–140,75 bis 141,25. — Gerste, leichte inländische Futtergerste 123–131, do. schwere 132–145, alles frei Wagen und ab Bahn, russische und Donau 101–116 frei Wagen. — Hafer, märk., mecklb., pomm., posen., schles. fein 144–154, do. märkisch. mecklenbg., pomm., posen., schles. mittel 140–143, do. märkisch., mecklenbg., pomm., posen., schles. gering 135–139, alles frei Wagen und ab Bahn. — Mais, amer. mixed gut 124–126, mittel 115–119, runder 112–116 frei Wagen. — Erbsen, inländ. mittel 138–144, feine und Taubenerbsen 145–165 kleine Koch 160–190. — Weizenmehl Nr. 00 loco 21,50–24,00. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 loco 17,10–18,20. — Weizenkleie, grobe 9,20–10,00, do feine 9,20–10,00. — Roggenkleie 10,00–10,40

* **Hamburg, 27. Juni.** Weizen sehr fest, holsteinischer u. mecklenburgischer 175–181, Hard Winter No. 2 Juni-Abladg. 137. — Roggen sehr fest, südrussischer sehr fest, 9 Pud 20/25 Juni-Abld. 101–107, meckl. und holsteinischer 147,00–147,00. — Mais fest, Amerikan. mixed Juni-Abladung 91,50. Hafer sehr fest. Gerste sehr fest.

Oelsaaten. Oele. Fettwaren.

New York, 27. Juni. [Telegr.] Schmalz Western steam 7,35 (7,35), do. Rohe und Brothers 7,25 (7,25).

Chicago, 27. Juni. [Telegr.] Schmalz Juli 6,92 (7,05), September 7,12 (7,22).

* **Bremen, 27. Juni.** Schmalz ruhig. Loko, Tubs und Firkins 35½ Pfg., in Doppeleimern 36¼ Pfg. Speck stetig.

* **Hamburg 27. Juni.** Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 46,00

* **Paris, 27. Juni.** (Schlussbericht.) Rüböl ruhig. Juni 47,75, Juli 47,75, Juli-Aug. 47.75, Sept.-Dez. 48,25.

Antwerpen, 27. Juni. Schmalz per Juni 85.25.

Petroleum.

* **Hamburg, 27 Juni.** Petroleum träge. Standard white loco 6,60 Br.

* **Antwerpen, 27. Juni.** (Schlussbericht.) Raffiniertes, Type weiss loco 19,00 bez. Br., per Juni 19,00 Br., per Juli 19,25 Br., Sept. 19,50 Br. Ruhig.

* **New York, 27. Juni.** (Telegr.) Petroleum Standard white in New York 7,95, do. in Philadelphia 7,90, do. Refined 10,65 (in Cases) do. Credit Balances Cat Oil itv 1.57.

Wasserstände, + bedeutet über, — unter Null)

Saale und Unstrut.

					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	26. Juni	+ 0,50	27. Juni	—	—	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,40	»	+ 2,36	4	—
do. Unterpegel	»	+ 0,08	»	— 0,02	10	—
Trotha	»	—	»	—	—	—
Aisleben, Oberpegel	»	+ 2,32	»	+ 2,31	1	—
do. Unterpegel	»	+ 1,10	»	+ 1,08	2	—
Bernburg	»	+ 0,70	»	+ 0,70	—	—
Kalbe, Oberpegel	»	+ 1,44	»	+ 1,44	—	—
do. Unterpegel	»	+ 0,12	»	+ 0,18	—	6

Der Wasserstand von Trotha befindet sich im Abendblatte.

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	Juni	Fall	Wuchs		Juni	Fall	Wuchs
Budweis	26. — 0,10	3	—	Torgau	27. + 0,36	3	—
Prag	» + 0,07	8	—	Wittenberg	» + 0,86	—	—
Jungbunzlau	» — 0,38	—	8	Rosslau	» + 0,32	2	—
Laun	» — 0,46	—	4	Barby	» + 0,54	—	—
Pardubitz	» — 0,10	—	2	Magdeburg	» + 0,69	—	—
Brandeis	» — 0,25	—	2	Tangermünde	» + 1,05	1	—
Melnik	» — 0,75	7	—	Wittenberge	» + 0,80	—	—
Leitmeritz	» — 0,59	1	—	Dömitz Peg	26 —	—	10
Aussig	27. — 0,38	2	—	Lauenburg	27 + 0,35	8	—
Dresden	» — 1,77	3	—				

Aussig, 27. Juni. Von den oberen Plätzen werden 21 cm Wuchs gemeldet. Fracht nach Magdeburg die Tonne 310 Pfg., mit Staffeln bis 315 Pfg. gezahlt.

Berliner Börse, 27 Juni.

(Ergänzung zu den telegr. Meldungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Diskonto.

Berlin Wechsel 4, Lomb. 5. Amsterdam 3. Brüssel 3 Wien 3½. Petersburg 5½. London 3 Paris 3.

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	98,50bzG
Berliner Stadt-Obl.	3½	100,25G
do. do. 1892	3½	100,60bzB
Magdeburger St. Anl.	3½	99,30bzG
do. do. neue	4	103,60G
Merseburg 1901 unkv. 10	4	103,50G
Naumburg 1900 abg.	3½	98,90G
Westpr. Prov.-Anl.	3½	
Bad. Staats-Eis.-Anl.	3½	99,90bzG
Bayrische Anleihe	3½	100,30G
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	149,60bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	134,00bzG
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	— —
Meininger 7 fl.-Loose	—	34,10bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	128,40bz

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl. 5%	5	96,10bzG
do. innere do. 4½%	4½	89,10bzG
Barletta 100 Lire-Loose	0	21,40G
Bukar. Stadt-Anl. 1884	4½	— —
do. do. 1888	4½	93,40G
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	92,90bzG
Chines. St.-Anl. v. 1895	6	— —
do. do. kleine	6	103,70bzG
do. v. 1896	5	98,90bzG
do. v. 1898	4½	88,90bzG
Egyptische priv. Anl.	3	— —
do. do. do.	3½	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	fr. Z.	36,50bz
Griech. Anl. 1881–84	1,60	46,50bzG
do. kons. Goldrente	1,30	36,60bzG
do. Monopol-Anl.	1,34	49,40bzG
do. Gd.-Anl. v. 1890	1,60	45,40bzG
Lissabon Stadtanl. 1886	4	80,70G
do. do.	4	81,00B
Mailänd. 10 Lire-Loose	fr. Z.	18,60bz
Mexikaner Anl. à 100	5	101,80bz
do. à 20	5	101,90bzG
Norweg. Staats-Anl. 88	—	—
Oesterr. 1860er Loose	4	153,25bz
Rumän. Anleihe 1891	4	85,90bzG
do. do. mittlere	4	86,30bz
do. do. kleine	4	86,30bz
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	98,25G
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	— —
do. Boden-Kredit	5	112,20bz
do. 3,8/10% do. gar.	3,8	87,00bz
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	—
do. do. 1866	5	— —
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	99,40bzG
do. do. 1890	3½	99,40bzG
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	99,90G
Türkische Anleihe D.	—	— —
do. Administ.	4	86,10G
do. 400 Frcs.-Loose	fr. Z.	126,75bzG
Ungarische Kr.-R.	4	97,50bzG
do. Staats-R. 97	3½	— —

Industrie-Aktien.

A-G. f. Anilinfabr.	16	290,50bzG
Admiralsgarten-Bad	5	100,25G
Alfeld-Gronau	6	125,75G
Annaburger Steingut	4	133,40bz
Archimedes	3	165,50bzG
Braunschweiger Jute	12	194,50bzG
Berl.-Anh. Maschinen	2	208,00bzG
Berl.-Charl. Bau-V.	[illegible]	770,00bzG
Berliner Bockbrauerei	8½	158,75bzG
do. Brauerei Königst.	6	117,75bzG
do. Union Gratweil	5	116,75bzG
Birkenwerder Vorz.-A.	0	61,25bzG
Brsl. Eisenb. W., Linke	8½	224,80bz
Breslauer Oelwerke	0	72,52bzG
do. Strassenbahn	7¼	160,90B
Cement-Bau-Ges. Berl.	fr. Z.	162,20bzG
Charlottb. Wasserwerk	14	311,60G
Chem. Fabr. Schering	15	307,00bzG
Chemn. Masch. Zimm.	0	98,25bzG
Dessauer Gas	10	203,25G
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	9	216,00bzG
Dtsche Jutespinnerei	8	141,75bzG
Deut. Steing. Hubbe	0	— —
Eckert Masch. Fab.	9	145,75bzG
Elberfeld. Farbenfabr.	25	543,00bz
Erdmannsdorf. Spinn.	1½	60,10G
Freund Masch. konv.	8	314,00G
Görlitzer Eisenbbed.	12	260,25bzG
Grevenbroich	0	32,25G
Hansa, Dampfschiff.	6	122,50G
Harburg-Wien Gummi	20	352,00bzB
Harkort St.-Pr. konv.	0	133,50bzG
do. Brückenb. konv.	4½	— —
do. do. St.-Pr.	6	123,75G
Hein, Lehmann	0	102,50bzB
Hoffmann Stärke	12	198,00bzG
Hotel Disch	5	89,60G
Keyling & Th. Eiseng.	5	110,25G
Kirchner & Co	0	105,00bzG
Klost. Röderh. Brauer.	10	171,75G
Köln-Müsener conv.	5	86,60bzG
Kurfürstend. Ges. i. Liq.	fr. Z.	320,00G
Lapp, Akt.-Ges. f. Tiefb.	22	365,50bzG
La Veloce, Ital. D.	0	— —
Ludw. Löwe & Co.	10	248,75bz
Mälzerei Wrede	0	60,60G
Magdeburger Baubank	5	90,75G
Magdeb. Strassenbahn.	6	144,00G
Maschin. Breuer	2	93,50bzG
Neue Boden-A.-G.	10	148,60bzG
Nenroder Kunstanstalt	3	93,00G
Nienburg E. V.-A. abg.	0	61,00bzG
Nordd. Eiswerke	0	47,00bzG
Norddtsch. Lederpapp.	9	128,75bzG
Nordd. Wollkämmerei	10	146,00bz
Oberschl. Portl.-Cem.	6	151,50bz
Omnibus-Gesellschaft	14	274,50bzG
Oppelner Brauerei	4	94,00bzB
Oppeln Portl.-Cem.	5	146,00bzG
Orenstein & Koppel	8	150,00bzG
Reiche t Metallschraub	9	171,25bzG
Rhein Cham. u. Dinasw.	0	80,10bzG
Rostock M. & O. Brau.	11	193,00G
Sangerhäuser Masch.	8	— —
Saxonia Cement	3	102,75G
Schäffer u. Walcker	1	63,00bzG
Schimmel Maschinen	5	139,50bz
Schlesische Cement	7½	180,00bzG
Schuckert Elekt.	0	102,75bzG
Schwartzkopff	10	235,90bz
Siemens, Glas-Industr.	14	238,00bzG
Stettiner Cham. Didier	18	322,80bzG
Sudenburg. Maschin.	0	94,50bzG
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	12	221,50bzG
Vereinsbrauerei Artern	6	105,00G
Westf. Draht-Industrie	8	155,00bzB
Wittener Guss	4	160,00bzG
Wilhelmshütte con.	2	76,50bzG
Zuckerfabr. Fraustadt	15	153,90bz

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig.

Halle-Hettstedt	3½	94,00bzB

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	3½	— —

Eisenb. Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. St. gar.	2,40	71,20bzG
do. Mittelmeerb. stfr.	4	— —
Lemberg-Czernowitz	4	— —
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	83,90bzG
do. Ergänzungsn.	3	87,00G
do. Gold-Pr.	4	101,25bz
Oesterr. Lokalbahn	4	— —
do. Nordwestbahn	5	— —
Südöster. Bahn (Lomb.)	2,40	64,25bzG
do. Obligationen	5	105,70bz
Ung. Nordostb. Gold-O.	—	— —
do. Eisenb.-Silb.-A.	—	— —
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	99,90bzB
Kosl.-Woronesch Obl.	4	92,25bz
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	— —
Kursk-Kiew	4	96,60bz
Mosco-Kiew-Woron	4	92,00bzG
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	97,60bzG
Mosco-Smolensk	4	— —
Orel-Griäsi 1889	4	— —
Rjäsan-Koslow	4	95,00G
Rjäsan-Uralsk gar ukd. [b. 1909	4	— —
Rjaschk-Morczansk	—	— —
Rybinsk-Bologoye	4	91,60bz
Russ. Südwestbahn	4	91,90bzB
Transkaukasische	3	75,60bz
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	— —
Wladikawkas Oblig.	4	91,90bz
do. unkdb. b. 1906	4	92,00bzG
Manitoba rz. 1933	4½	— —
Northern-Pac. I. b. 1921	—	— —
do. Pref.	4	103,75B
do. Gen. Lien.	3	72,90bzG
St. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	— —
do. do. do.	5	— —
Central-Pacific	4	99,30G
Anatol. I. 2040 M.	5	102,60G
„ II. Ergz. 2040 M.	5	101,90G
Macedonische G.-O.	3	63,50bzG
Portug. Eisenb. O. 1886	3	73,30bzG
do. 1889	4½	96,90B

Eisenbahn Stamm Aktien.

Aachen-Mastricht	6¼	128,00bzG
Buschtiehrader B.	11	— —
Halberst.-Blankenb.	5	120,00G
Jura-Simpl. kv. Westb.	3½	— —

Ausländ. Eisenb. Stamm- u. Stamm Prior. Aktien.

Aussig-Teplitz	10	— —
Böhmische Nordbahn	5⅔	— —
Galiz (Karl-Ludw.-B.)	—	— —
Graz-Köflach	5½	— —
Kaschau-Oderberg	—	— —
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	100,10G
Lemberg-Czernowitz	7	— —
Oesterr. Nordwestb.	4¾	— —
do. B. Elbethalb.	5¼	— —
Südösterreich (Lomb.)	0	16,90bzG
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	4½	— —
Kursk-Kiew . . 5–11 R. P.	—	— —
Warschau-Terespol	—	— —
Warschau-Wien	7,40	161,50bz
Gotthardbahn	6,8	191,00bzG
Ital. Meridionaux	6	— —
Lüttich-Limburg	—	— —
Schweiz. Centralbahn	4	— —
Westsicilianische Anl.	2	44,30bzB

Hypoth.-Pfand- u. Rentenbrief.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	— —
Berl. Hyp.-B. 80% abg.	4	99,60bzG
do. do.	3½	93,25bzG
B.-Han. Hyp. I., X., XI.,	3½	97,00G
„ II.–IX., XII.–XV.	3½	95,75bzG
„ XVI. u. XVII	4	101,00G
„ XVIII. unk. 09	4	101,00G
„ XIX.	3½	95,50G
„ XX. unk. 10	3½	96,00G
D. G.-K.-B. IV. rz. 110	3½	102,00bzB
do. do. V. rz. 10	3½	96,50bzG
do. VI. unkt. 1900	4	100,40G
do. VII unkb. b. 1903	4	100,40G
do. VIII S.b. 1905 ukb.	3½	96,40G
do. IX. u. IXa bis 9 uk.	4	101,50G
Deuts. Hp.-B.-Pfd. VII	4	100,50bzG
do. I. u. Ia. conv.	4	— —
do. X uk. 1900	4	101,30bzG
do. XI. u. XII. „ 1918	4	102,25bzG
Hamb. 251–310 unk. 1905	4	100,50bzG
do. unk. bis 1900	4	100,50bzG
do. S. 1–330, unk. 1908	3½	96,00G
do. S. 46–190, uk. 1905	3½	95,50bzG
do. alte u. con.	3½	94,40bzG
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	99,00G
do. do. II.	3½	96,25G
do. do. III.	4	100,00G
do. do. IV VI.	4	100,60G
Leipz. Hyp.-B. VII. 1908	3½	98,50G
do. do. F.	4	103,00G
do. do. VIII. IX.	4	103,00G
Mein. H.-B., conv.	3½	96,50bzG
do. Serie II.	4	100,60bzG
do. unkdb. bis 1905	3½	96,50bzG
do. unkdb bis 1907	3½	96,50bzG
do. Em. VI.	4	100,90bzG
do. Em. VII unk. b. 1906	4	101,20G
do. VIII ukb. b. 1911	4	102,20bzG
do. Präm.-Pfdbr	4	134,50bzG
Nordd. Gr.-Kred.-Pfdb.	4	100,00bzG
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	100,60bzG
Ostpreussische	3½	99,30bzG
Pomm. Hyp.-A.-B. 4%	fr. Z.	— —
do. do. 3½%	fr. Z.	— —
Posensche	3½	99,50bz
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	— —
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	— —
do. XIII. rz. 100	4	100,40bzG
do. XIV. ukb. 1905	4	100,60bzG
do. XV. ukb. 190	3½	95,30bzG
do. XVIII. ukb. 191	4	101,50bzG
do. XIX. ukb. 191	4	101,70bzG
Pr. Ctr. B.-Pf. v. 189	4	100,90bzG
do. 1901 ukb. 1	4	102,70G
do. 1903 „ 1	4	103,00G
do. 1886. 89. 94	3½	95,70bzG
do. Kom.-O. 01 uk. 1	4	104,20G
do. 1896 „ 0	3½	99,00G
P. H-A-B. abg. 80% rz12	4½	— —
do. do.	4	100,60bzG
do. do.	3½	94,20bzG
do. Restcertifikate	frc.	— —
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 190	3½	94,90bzG
do. XVIII ukdb. 1908	3½	95,75bzG
do. XIX ukdb. 190	4	101,50bzG
do. XX u. XXI uk. 191	4	101,50bzG
do. XXII. ukdb b. 191	4	102,30bzG
do. XXIII. ukdb b. 191	3¾	100,10bzG
do. XXIV. ukdb. b. 191	3½	96,60bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 190	3½	96,10G
do. „ „ b. 190	4	100,25G
do. Comm.-Obl. b. 190	3½	99,75G
do. do. Em. II. unk. 191	4	104,50G
do. do III. ukdb 19	[illegible]	99,75G
Rhein.-W. I. III. V. b 05	4	100,40bzG
„ II. u. IV., b. 190	3½	95,00bzG
„ VI., ukdb. 1908	3½	96,80bzG
„ VII., unkdb. 1908	4	101,20bzG
„ VIII., ukdb. 191	4	101,80bzG
„ IX., ukdb. 191	4	102,50G
Sächsische	4	— —
do.	3½	99,60bzB
do.	3	88,25bz
Westd. B. C.-Pf. I. uk. 01	4	101,20bzG
do. do VI. 10	4	102,30bzG
Rentenbr. Westpr. ritt. I. I. B	3½	99,50G
Rentenbr. Pommersche	4	103,00bzG
Rentenbr. Posensche	4	103,00bzG
Rentenbr. Preussische	4	103,00bzG
Rentenbr. Sächsische	4	103,10bzG
Rentenbr. Schlesische	4	102,60bz

Bergwerks u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	4	115,60bzG
Arenberg Bergwerk	10	737,00G
Baroper Walzwerk	0	79,00bzG
Berzelius	1	104,75bzG
Bismarckhütte	11	284,75bzG
Concordia-Bergwerk	18	318,50bzG
Consolidat. Bergw.-G.	28	419,00bz
Consol. Marie	0	73,50G
Duxer Kohlen kon.	10	166,50G
Friedr.-Wilh. Pr. A.	4	116,00B
Gelsenkirch. Gussstahl	0	97,50bzG
Harzer Eisenw. Lit. A. B	0	61,00bz
Hösch, Eis. u. St.	8	221,25bzG
Inowrazl., Steinsalzb	5	113,00G
Kattowitzer	11	206,25bz
Königin-Marienh. V.-A	0	44,00bzG
Leopoldsgr. Edderitz	7	109,90G
Luise Tiefbau konv.	0	40,00bz
do. do. St.-Pr	0	105,00bzG
Magdeburg.-Bergwerk	35	560,00bzG
Marienhütte Kotzenau	0	69,70bzG
Mend. & Schwert. St.-Pr.	2	91,50bzG
Niederl. Kohlen	8	130,00bzG
Rhein. Stahlw. Lit. C.	8	181,70bz
Schlesisch. Zinkhütten	17	— —
Stadtberger Hütte	0	95,50bzG
Westfälische Stahlw.	0	123,60G
Wurm-Revier	8	147,80bzG

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges.

Accumul. Boese & Co.	4½	92,30bzG
Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	101,00bzB
Aschaffenb. Papierf.	4½	102,75G
Aschersleb. Kaliwerke	4	100,10G
Bochumer Gussstahl	4	102,70G
Dessauer Gas	4½	106,50G
Dortmunder Union	5	110,90bzG
Elektr. Licht- u. Kraft.	4½	102,75bzG
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	99,30bzG
Hamb.-Packetfahrt	4	— —
Helios, Elektr.-Ges.	4½	73,90bz
do. do.	5	80,90G
Fr. Krupp-Obl.	4	102,10G
Laurahütte	3½	95,80bz
Naphta-Obligationen	4½	100,00G
Norddeutscher Lloyd	4½	103,50G
Oberschl. Eisen-Ind.	4	102,60bz
v. Tiele-Winkler	4½	105,70bzB
Zeitzer Eisengiesserei	4½	104,75G

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	5⅓	131,00bz
Berg-Märk. B. i. Elbf.	8	159,10G
Berliner Hyp.-Bank.	0	102,10G
do. do. Lit. B.	0	126,25bzG
Börsen-Handelsverein.	0	111,10bzG
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	4	89,00G
Cöln W. u. Komm.	4	— —
Danziger Privatbank	5½	118,00bzB
Dtsch. Effek.-B. (Hahn)	4½	103,10G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6½	129,50bzG
Dresdener Bankverein	5	102,60G
Essener Kredit	8	161,60bzG
Gothaer Privatbank	6	124,50G
do. Grundkreditb.	7	143,10bzG
Hamburg. Hypoth.-B.	8	162,60G
Königsberg. Vereinsb.	6	114,50bzB
Lübecker Kommerzb.	6⅔	130,00G
Magdeburger Privatb.	4	130,75bzB
Nordd. Grund-Kredit.	5	101,00bzG
Pr. Hyp.-B. abg u. neue	4½	114,00bzG
Preuss. Pfandbr.-Bk.	7	136,90bzG
Wilhelma, Mgd. Allg. U.	21⅓	— —

Leipziger Börse, 27. Juni

Zf.		M.		Zf.		M	
3	Sächs. Rent.-Anl.		99,10G	4	Mansf. Gew 1882		101,60G
3	do.	1000	89,10G	4	do. 1879		101,50G
3	do.	500	89,10G	4	do Em 1875		101,50G
		Thlr.		3½	Stadtobl 1881 konv.		100,25G
4%	Staatsanl. 1855.	100	95,00G	3½	do. 1876 konv.		100,25G
3½	do. 67 kv. 4%	500	101,25bz	3½	Altb Landoblig	1000	100,75G
[illegible]	Landrentenbr.	500	99,60G	3½	do do.	500	100,75G

Eisenb.-Stamm-Akt.

Div.		
10	Aussig-Tepl. 500 fl.	220,00B
5	Böhm. Nordbahn	119,00B
9 10/21	Buschtiehrad. Lit. A.	250,00G
11¼	do. do. B.	254,00G
[illegible]	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —
5	Graz-Köflach.	— —
1½	Marienburg-Mlawka	— —

Bank- u. Kredit-Akt.

Div.		
8½	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	171,75G
4	Chemn. Bankverein	— —
7	Dresdener Bank	150,25G
5	do. Bankverein	103,00G
6	Gothaer Privatb.	— —
4	Kob.-Goth. Kred.-Gs.	— —
7	Leipziger Hypoth.-B.	138,00G
4½	do. Kred.- u. Sparb.	95,25bzG
6	Sächs. Bank	133,00G
6	Zwickauer	— —

Industrie-Papiere.

Div.		
0	Chemn. Werkz. (Zim.)	98,00B
12	Cröllw. Papierfabr.	— —
4	4% do. Schuldvschr.	100,50G
2½	Dörstew.-Rattm. St.-A.	66,50B
5	do do. 5% V.-A.	99,00G
0	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	77,00G
24	Geraer Jutesp. u. W.	290,00G
1	Germania (Schwalbe)	102,75G
13½	Gerad. Stkb.-V., St.-A.	390,00G
48	do. do. Pr.-A. I	825,00G
43½	do. do. do. II	740,00G
1	Hallesche Str.-B.	97,50B
0	Kette Elbsch.-G.-Akt.	77,00B
8	Körbisd. Zuckerfb.	121,50G
5⅓	Leipz. Baubank	107,00G

Div.		
6	Leipz. Elektr.-Werke	129,00G
3½	do. elektr. Strassb.	102,25G
7	do. Gr. elektr. Strassb.	171,75G
10	do. Bierbr. Riebeck	222,25G
4	Lpz. Kammgarnsp.	150,50G
7½	do. Malzf. Schkeud.,	160,00G
0	do. Wollkämmerei	—
40 M.	Mansfelder Kuxe	775,00G
10	Naumburger Braunk.	183,50B
0	Portl.-Cement Halle	65,00G
2⅓	Sächs. Kammg.	68,75G
0	Sächs. M.-F. (Hartm.)	106,75bzG
11	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	230,50G
15	Thür. Gasges. Spz.	270,00B
15	do. Stamm-Pr.	270,00B
0	S.-Thür. Br.-V. St.	— —
0	do. St.-Prior.	— —
9	Zeitzer Par. u. S.-A.	149,00B
—	do. do. Oblig.	100,25G
15	Zuckerfabr. Glauzig	125,25B
23	Zuckerraff. Halle	172,00G

Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.

%		
3½	Aussig-Teplitzer	9 ,25bzG
3½	Böhm. Nordbahn	95,10G
4	do do. Gold	101,00B
4	Buschtiehr. 1886 (stfr.)	101,00B
4	do. do.	101,00B
5	do. Em. 1868/71/72	— —
3	Dux-Bodenbach	— —
5	do. Em. 1871	109,75G
5	do. do. 1874	110,50G
2	Graz-Köflacher	71,10G
4	do. Em. v. 1871 u. 72	99,50G
4	Kaschau-Oderberg	99,00G
5	Prag-Dux Gold	— —
5	do. Gold	— —
5	Prag-Turnau	— —

(Mit Unterhaltungsblatt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19040628015/fragment/page=0004
DFG